

TROSSENSTEK

In welcher Gesellschaft wollen wir leben?!

Ausgabe # 1 | Juli | 2021

Editorial

Liebe Leser*innen, hier sind wir wieder, im gewohnten Schildkrötempo rund vier Monate nach unserer Nullnummer im Februar. Mit dem Trossenstek möchten wir weiter an Verknüpfungen und Verbindungen kneten, aber auch inhaltliche Differenzen und politische Konflikte ansprechen sowie auf der Ebene von

Alltagskämpfen Handlungsmöglichkeiten ausloten.

Für die neue Ausgabe haben wir erneut vier Beiträge und eine Reihe von kurzen Hinweisen zusammengestellt. Ein Themenschwerpunkt fragt nach der Verbindung von Kämpfen der antirassistischen Bewegungen und der Klimagerechtigkeitsbewegung.

Im ersten Beitrag teilen fünf Aktivist*innen, die sich bei Black Earth, afrique-europe-interact, Am Boden bleiben, dem Solidarity City-Netzwerk, bei Welcome United, Ende Gelände und Attac engagieren, ihre Einschätzungen zur Verbindung beider Themenfelder aus dem Blickwinkel unterschiedlicher Bewegungserfahrungen.

Dazu kommt ein Interview von Dorette Führer mit Alassane

Dicko aus Mali (beide vom Netzwerk afrique-europe-interact), das den Fokus auf die Bedeutung des Klimawandels für Flucht und Migration legt. Es wird gefragt, was der Slogan „Der Klimawandel ist rassistisch“ eigentlich genau bedeutet. Hintergründe und Potenziale des Netzwerks für gemeinsames Handeln aus dem Norden und dem Süden werden in beiden Beiträgen angesprochen.

Aus dem Süden in den Norden kam in diesen Tagen eine Delegation der Zapatist*innen. Einige von ihnen hatten sich Anfang Mai bereits auf den Weg gemacht und sind nach Europa gesegelt – um die koloniale Symbolik umzukehren.

Sie bringen viele sozialrevolutionäre Gedanken mit.

Inhalt

Editorial	1
Diskussionsbeiträge	2
Antirassismus, Migration und Klimagerechtigkeit	2
„Eine engere Zusammenarbeit wäre wichtig“	9
Die Zapatistas bereisen Europa	12
„... dass wir alle gemeinsam die Kraft haben, die Welt zu verändern, wenn wir es wirklich wollen!“	15
Kurzmeldungen	20
Veröffentlichungen	22
Termine	23
Einladung zum Mitmachen	25

Herausgegeben von:

„In welcher Gesellschaft wollen wir leben?!“

www.welche-gesellschaft.org



Steev Hise: Zapatista Snail

<https://www.flickr.com/photos/steev/16115795>, CC BY-NC-SA 2.0

Einen kleinen Vorgeschmack auf ihren Besuch findet ihr in dem entsprechenden Artikel von Elisabeth Voß. Mit dem Fokus auf die Kämpfe von Frauen in Rojava und kritischen Perspektiven auf die gesellschaftliche Linke in Deutschland führten wir ein Interview mit Berfin Gözen von CENI e.V., dem kurdischen Frauenbüro für Frieden. Wir gewinnen hier Einblicke in die konkrete feministische Arbeit in Rojava, erfahren etwas über die

Verbindungslinien zu Kämpfen andernorts und die Pläne hin zu einem Weltfrauenkonföderalismus.

Diese Einblicke in Einschätzungen und Intentionen aus Sicht von zwei aktuell sehr beachteten Bewegungen des Südens bilden unseren zweiten Themenschwerpunkt und knüpfen an die globale Perspektive der ersten beiden Beiträge an.

Der Trossenstek soll weiterhin in einem ca. vierteljährlichen Rhyth-

mus erscheinen. Wir freuen uns sehr über Reaktionen auf die Beiträge, seien es Entgegnungen, Fortführungen oder das Setzen ganz neuer Impulse. Mehr dazu auch diesmal wieder auf unserer letzten Seite.

Bitte teilt den Trossenstek in euren Netzwerken.

Die Redaktion

Steffen Haag, Hagen Kopp, Mickie Schleicher, Elisabeth Voß

Diskussionsbeiträge

Antirassismus, Migration und Klimagerechtigkeit – Was sind die zentralen Herausforderungen? Wie erreichen wir ein nachhaltiges und wirksames Cross-Over?

Fünf Fragen und (erste) Antworten von Aktivist:innen aus unterschiedlichen Netzwerken sozialer Bewegungen.

Vorbemerkung: Für die zweite Ausgabe des Trossenstek entstand in der Redaktionsgruppe die Idee, ein Cross-Over-Gespräch zwischen Aktivist:innen der AntiRa- und der Klimagerechtigkeitsbewegung zu führen. Einerseits gibt es aktuell verstärkte Bemühungen um ein „Kämpfe verbinden“ zwischen diesen beiden Bereichen. Zum zweiten steht mit einer absehbaren Regierungsbeteiligung der Grünen nach den Bundestagswahlen im Herbst die Frage im Raum, ob dies den sozialen Bewegungen neue Handlungs- und Durchsetzungsmöglichkeiten verschafft – oder eher die Gefahr des gegeneinander Auspielens von AntiRa und Klima mit sich bringt. Gründe genug jedenfalls, zu versuchen die Debatten zu vertiefen.

Zunächst haben wir als Redaktionskollektiv fünf Aktiven mit diversen Erfahrungshintergründen und unterschiedlichen praktischen Ansatzpunkten die folgenden Fragen gestellt. Der Prozess lief schriftlich und parallel in zwei Runden ab, die direkten gegenseitigen Bezugnahmen blieben entsprechend begrenzt. Dennoch denken wir, dass die folgenden Antworten einige spannende Anregungen bieten und damit hoffentlich zur weiteren Diskussion motivieren. In den nächsten Ausgaben des Trossenstek werden wir uns jedenfalls um Fortsetzungen bemühen.



Credits: Kristoffer Schwetje

Frage 1: Wo seht ihr die wichtigsten inhaltlichen Verbindungslinien zwischen Antirassismus, Migration und Klimakrise?

Nene (aktiv im Black Earth Collective*)

Alle drei Aspekte stehen in einem engen Zusammenhang. Die Migrationspolitik ist seit jeher von Rassismus geprägt, Deutschland kann bis heute nur zögerlich anerkennen, dass wir eine von Migration geprägte Gesellschaft sind und die Klimakrise/Wandel wirkt als Verstärker dieser Probleme. Migrationsbewegungen werden in Zukunft noch stärker als heute vom Klimawandel geprägt sein und rassistische Agitationen in diesem Bereich zunehmen, sodass ich hierin die zentrale Herausforderung sehe, die eng mit Fragen der Klimagerechtigkeit verbunden ist. Die Klimakrise ist eine soziale Krise und jede klimapolitische Maßnahme muss auf ihre Sozialverträglichkeit hin überprüft werden.

Riadh (aktiv bei Afrique Europe Interact*)

Die Klimabewegung muss unter dem Dach der anti-rassistischen Bewegung stehen, genauso wie es die Bewegung für Bewegungsfreiheit tut. Die Klimaveränderungen wirken sich in den Ländern des Globalen Südens besonders stark aus, und daher ist die Forderung nach Klimagerechtigkeit letztendlich eine Forderung nach Globaler Gerechtigkeit.

Lena (aktiv bei Am Boden bleiben*)

Auch für mich gibt es nicht nur Verbindungslinien. Eigentlich ist das derselbe wichtige große Kampf für eine gerechte Gesellschaft, in der alle ein würdiges Leben führen können, jetzt und zukünftig. Leider ist Klimapolitik (noch lange) nicht dasselbe wie das, was viele von uns unter KlimaGERECHTIGKEIT verstehen. Manchmal sogar das Gegenteil, wenn manche Maßnahmen wie Offsetting oder Geo-Engineering Ungerechtigkeiten sogar verschärfen und neo-koloniale Muster haben.

Doro (aktiv bei Solidarity City* und We'll Come United*)

Selbstorganisationen von Geflüchteten thematisieren schon seit Jahrzehnten, dass ein extrem ungerechtes Weltwirtschaftssystem Lebensgrundlagen zerstört und damit Menschen zur Flucht zwingt. „Wir sind hier weil ihr unsere Länder zerstört“. Klimawandel zerstört schon seit Jahren die Lebensgrundlagen vieler Menschen in anderen Kontinenten und ist damit auch Fluchtursache. Ein Wirtschaftssystem, das den Profit in den Mittelpunkt stellt, führt zu Ungleichheit und zementiert diese immer weiter.

Eine Klimabewegung, die sich Klimagerechtigkeitsbewegung nennt, wird diese Ungleichheit bekämpfen, nicht „climate change“, sondern „system change“.

„Fluchtursachen bekämpfen“ bedeutet im offiziellen Diskurs vor allem, Fluchtbewegungen nach Europa zu bekämpfen. Das ist nicht unser Fokus. Wir müssen immer wieder in den Mittelpunkt stellen, dass es darum geht, gegen die Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschen im globalen Süden zu kämpfen. Es geht um das Recht zu Bleiben und das Recht zu Gehen. Und dafür brauchen wir die Verbindung mit den Bewegungen des globalen Südens.

Die Folgen der klimafreundlichen Maßnahmen müssen immer auch unter dem Blickwinkel ALLER Menschen betrachtet werden und einbeziehen, was die Dinge für unterschiedliche Gruppen bedeuten (Fliegen z.B. auch als eine relativ sichere Möglichkeit des Fluchtweges). Letztendlich ist Anti-Rassismus so etwas wie ein Querschnittsblick. Alle Bewegungen sollten mit dem prüfenden Blick betrachtet werden – und sich selbst betrachten – inwieweit sie rassistische Strukturen angreifen oder verfestigen.

Alexis (aktiv bei Attac* und in der Ende Gelände Ortsgruppe Frankfurt*)

Antirassismus ist natürlich per definitionem eine analytische und praktische Achse von Klimagerechtigkeit. Klimagerechtigkeit ist ja ein strategisches Konzept, das von sozialen Bewegungen lanciert wurde, um



(Mini)Klimaflüchtlingslager am Frankfurter Flughafen 2009



einer marktformigen und technokratischen Klimapolitik eine andere Perspektive entgegen zu setzen bzw. die weitergehenden Forderungen von sozialen Bewegungen programmatisch zu bündeln.

Los ging es mit diesem Konzept, als sich bei den UN-Klimaverhandlungen in Bali im Jahr 2007 das Netzwerk Climate Justice Now! aus kritischen NGOs wie Focus on the Global South und Bewegungen wie La Via Campesina gründete. Es waren also vor allem Akteure aus dem globalen Süden, die den Startschuss für die „Karriere“ dieses Konzepts gaben und damit nicht nur die Klassen- und Gender-Dimension, sondern auch die rassistische Dimension der Klimakrise und auch vieler Klimapolitiken anprangerten. Aus einer zumindest kapitalismuskritischen – aber letztlich anti-kapitalistischen – Perspektive ist das strategische Konzept Klimagerechtigkeit ein Instrument, die unterschiedlichen sozio-ökonomischen Kosten der Klimakrise für verschiedene Bevölkerungsgruppen auf diesem Planeten zu fassen. Und zudem ein Werkzeug, um ein Schlaglicht auf die Profiteure des fossilistischen Kapitalismus zu werfen. In diesem Kontext war es kein Zufall, dass das allererste Klimaaktions-Camp in der Bundesrepublik ein Antira-Klimacamp war – 2008 war das, in Hamburg.

Konkret zu Migration: Schon von Anfang an gab es in der Bewegung für Klimagerechtigkeit die Forderung nach einer internationalen Konvention, die die Rechte von „climate migrants“ festschreiben sollte – insbesondere eine Verpflichtung des Nordens, diese Menschen aufzunehmen. Seit einiger Zeit wird diese dringliche Forderung unter dem Stichwort Nansen-Pass für Menschen, die aufgrund der Klimakrise migrieren müssen, aufgegriffen. Diese Idee bezieht sich auf den Pass für Staatenlose, der ab 1922 vom damaligen Hochkommissar für Flüchtlingsfragen des Völkerbundes namens Nansen herausgegeben wurde. Auf dem Weg zu globaler Bewegungsfreiheit finde ich das eine plausible Übergangsforderung.

Frage 2: Gemeinsamer Diskurs, Strukturen und Praxis? Wie seht ihr diese Ansprüche und Erwartungen zueinander? Gibt es Prioritäten oder ist das alles ein paralleler Prozess?

Nene:

Schon Audre Lorde, eine schwarze Feministin, die die afrodeutsche Frauenbewegung wesentlich geprägt hat, meinte: „there is no such thing as a single-issue struggle, because we do not live single-issue lives.“ Der schwarze Feminismus hat schon immer darauf verwiesen, dass wir soziale Ungerechtigkeiten nicht isoliert betrachten können. Auch wenn es sich im Aktivismus noch nicht durchgesetzt hat, wir müssen Protest und Aktionsformen intersektional denken und adressieren, vor allem dann, wenn wir realpolitisch auch Veränderungen erreichen wollen.

keiten nicht isoliert betrachten können. Auch wenn es sich im Aktivismus noch nicht durchgesetzt hat, wir müssen Protest und Aktionsformen intersektional denken und adressieren, vor allem dann, wenn wir realpolitisch auch Veränderungen erreichen wollen.

Riadh:

Als Afrique-Europe-Interact ist uns der Kontakt zur Klimabewegung sehr wichtig und wir sind auch zukünftig an weiteren Kooperationen interessiert. Wir finden es unabdingbar, dass sich die Klimabewegung hier weiter mit dem Globalen Süden vernetzt. Und das passt zu unserem transnationalen Netzwerk mit Aktivist:innen in Nord- und Westafrika. Durch unsere Kontakte zu Bäuer:innen in Mali oder im Kongo schaffen wir immer wieder Öffentlichkeit zu Klimakatastrophen wie zum Beispiel zu den zunehmenden Überschwemmungen in den letzten Jahren. Wir stehen also in direktem Kontakt mit Betroffenen, solidarisieren uns und skandalisieren gleichzeitig die grundlegenden Hintergründe.

Lena:

Wichtig ja. Und es gibt gerade inzwischen in der Klimagerechtigkeitsbewegung viel Bildungsarbeit und Vernetzung mit AntiRa-Akteuren. Aber einen gemeinsamen Diskurs, gemeinsame Strukturen und eine gemeinsame Praxis haben wir dennoch nicht wirklich. Manchmal glaube ich, das macht auch Sinn – denn es muss auch spezifisches Know-How von unten zu all diesen Themen geben, es braucht auch sehr konkrete Forderungen und Aktionen. Andere Male bin ich verunsichert und frage mich, ob wir nicht alle unsere Teilkämpfe beiseite lassen sollten und für eine umfassende Umverteilung (innerhalb Gesellschaften und zwischen Nord und Süd), für die Abschaffung von Reichtum und Armut, einstehen sollten. Für Vermögens- und Einkommensgrenzen, Schuldenerlass und Reparationszahlungen. Würde dies nicht sehr viele Wurzeln von Flucht, Gewalt, Klimazerstörung

angreifen? Auch von Rassismus und patriarchalen Strukturen, wenn auch nicht alle. Im Vergleich dazu kommen mir viele Cross-Over-Projekte so vor, als würden sie immer an der Oberfläche kratzen, es fehlt einfach oft an der Zeit, wenn man in den Teilkämpfen so stark drin steckt...?

Doro:

Einen gemeinsamen Prozess gibt es (noch) nicht; den Wunsch, die Kämpfe zu verbinden, gibt es immer wieder. Erfreulich!

In den (Alltags)Kämpfen gegen Abschiebung, für Bleiberecht, für die existenziellen Rechte von Geflüchteten (das ist mein zentraler AntiRa-Zusammenhang) rücken die längerfristigen Perspektiven leider oft in den Hintergrund. Neben diesen Kämpfen und dem Versuch, das ganze in größere Zusammenhänge einzuordnen und auch in politische Aktionen umzusetzen, bleibt oft zu wenig Zeit, sich in einen gemeinsamen Diskurs zu begeben und sich tiefergehend mit dem Klima-Thema zu beschäftigen.

Andererseits ist Klima über das Thema Flucht natürlich auch immer präsent (siehe oben). Lokal haben wir die Erfahrung gemacht, dass FFF auch für Antira-Mobilisierungen zu aktivieren sind. Und ebenfalls in unserem lokalen Global Strike Bündnis wird versucht, die Themen zu verbinden. Bisher eher als ein Nebeneinander, aber es ist ein Anfang.

Vielleicht noch daneben: die Anti-Abschiebekämpfe sind ganz existenzielle und bieten einerseits – trotz des großen Roll-Back – auch immer wieder Raum für kleine Erfolgserlebnisse (zum Beispiel über Kirchenasyl und Bürger*innenasyl). Andererseits binden sie viel Kraft, die dann für anderes fehlt.

Bei We'llCome United gab es in den Debatten beide Positionen: Den Wunsch nach mehr Verbindung, weil vor allem die Geflüchteten aus afrikanischen Ländern schon lange mit den heftigen Auswirkungen des Klimawandels konfrontiert sind, andererseits die Befürchtung, dass der Kampf gegen Abschiebungen, der Kampf gegen den rassistischen Normalzustand in den Hintergrund rücken könnte, wenn wir uns mit der Klimabewegung zusammen tun.

Alexis:

Das gesellschaftliche Potential, welches aus einer „system change“ Perspektive Politik macht, ist in den letzten fünf, sechs Jahren deutlich gewachsen. Das ist

erfreulich, trotzdem ist und bleibt es begrenzt. Der Pool an Menschen, die über längere Phasen aktivistisch hochaktiv sind, ist einfach nicht unerschöpflich. Insofern ist es sehr fruchtbar, wenn gemeinsame Diskurse und eine gemeinsame Praxis möglich sind, um eine gegenhegemoniale Kraft zu entwickeln. Im Kontext der globalisierungskritischen Bewegung zu Beginn der Nuller Jahre war das meines Erachtens der Fall, oder im Zuge der Anti-Austeritäts-Proteste in vielen europäischen Ländern während des letzten Jahrzehnts. Angesichts dessen, dass die neoliberale Hegemonie der letzten 30 oder 40 Jahre gerade beginnt zu bröckeln, wären neue Regenbogen-Allianzen aus unterschiedlichen Akteuren sehr sinnvoll, um die Möglichkeitsfenster, die es für unsere Forderungen jetzt gibt, tatsächlich zu nutzen. Das ist ziemlich schwierig, weil jedes einzelne Projekt zeitliche, finanzielle etc. Kapazitäten konkret bindet. Aber neue Versuche sind es wert!

Frage 3: Welche praktischen Ansätze von Cross-Over-Projekten und -Mobilisierungen haltet ihr für beispielhaft? Oder habt ihr ganz neue Ideen?

Nene:

Ein Beispiel, auf das ich gerne verweise, ist ein Protest von Black Lives Matter UK aus 2016, da haben die einen Flughafen blockiert, um auf die Schnittmenge rassistischer und klimaschädlicher Politik zu verweisen. Außerdem waren es weiße Körper, die dabei an der Frontline (der Fahrbahn also) der Polizeigewalt ausgesetzt waren. Dieser Protest ist ein super Beispiel für einen intersektionalen Anspruch und wie Klassismus, Rassismus und Klimakrise zusammengebracht werden können. Das Beispiel aus Österreich sollte uns eine Lehre sein (siehe Frage 5). Wir müssen darauf achten, dass die Klimafrage nicht zu Ungunsten von Fragen der Migration geht.



Riadh:

Wir finden die Idee mit einer Aktion am Flughafen, wo die Kämpfe gegen Abschiebungen und den Klimawandel an einem Ort verknüpft werden, spannend. Außerdem sind wir weiterhin sehr interessiert daran, das Thema Klimareparationszahlungen in den Mittelpunkt von Aktionen zu rücken und auf diese Weise verschiedene Kämpfe miteinander zu verbinden.

Doro:

Von den konkreten Projekten/Bewegungen, die ich kenne, verbindet Afrique Europe Interact am ehesten die beiden Themen. Und „In welcher Gesellschaft“ versucht das natürlich auch. Aber gerade hier zeigt sich auch, wie schwierig das ist – kein Grund, es nicht weiter zu versuchen! Echte Cross-Over-Projekte kenne ich eher nicht. In dem Solidarity City Ansatz wurde der Versuch gemacht, verschiedene Themen miteinander zu verbinden und in einen Cross-Over-Prozess zu bringen. Leider sind die Prozesse nicht weiter gegangen, immer wieder stellt sich die Frage der Ressourcen. Für neue Ideen halte ich es für unabdingbar, sich mit den Betroffenen im globalen Süden zu verbinden und den dortigen Initiativen zuzuhören, ihnen Raum und Gehör zu verschaffen und die Kämpfe zu verbinden.

Alexis:

Zur Zeit ist es wohl am vielversprechendsten, klimapolitische Forderungen mit weiteren Themen zu verkoppeln. Das könnten konkrete Umverteilungsforderungen sein – im Bereich der Arbeitszeit, Mietpolitik aber vor allem auch monetär. Das ist bisher zu wenig passiert, aber durchaus nicht chancenlos, weil gerade viel in Bewegung ist.

Es zeichnen sich zur Zeit meiner Meinung nach zwei Optionen der weiteren Entwicklung des Kapitalismus ab: eine weitere autoritäre Verhärtung neoliberaler Politik, die nicht mehr hegemonial ist, sondern immer stärker auf Repression angewiesen ist – wie in Frankreich, Brasilien oder Griechenland. Eine andere Dynamik scheint sich mit dem Start der Biden-Administration in den USA abzuzeichnen: Steuererhöhungen sind angekündigt, eine öffentliche Investitionsoffensive auf den Weg gebracht – Stichwort „Green New Deal“, neue Sozialleistungen zeichnen sich ab und ein Ende der „trickle down economics“ wird proklamiert. Wir erleben hier möglicherweise die Konturen eines „embedded neo-liberalism“, eines eingebetteten Neoliberalismus. Das neoliberale Modell wird auf diesem Pfad zwar nicht beseitigt, aber nicht mehr offensiv verfolgt und in einigen Punkten gebrochen.

Für uns ergeben sich in dieser Dynamik neue Optionen, emanzipatorische Forderungen durchzusetzen! Das heißt der Zeitpunkt ist jetzt, all unsere Forderungen auf den Tisch zu legen, zu sortieren und zu schauen, wo wir kurzfristig gewinnen können und

welche neuen weitreichenderen Übergangsforderungen wir jetzt angehen können. Zweitens: Dies bedeutet absolut auch, dass wir angesichts des Höllenritts in die neue Heizeit und der krassen neo-feudalistischen globalen Reichumsverteilung einen neuen Horizont im Sinne von „system change“ skizzieren können und müssen. Mindestens dafür braucht es aber ein neues cross-over-Akteursgeflecht. Die politische Kunst wäre meines Erachtens zur Zeit, Klimapolitik mit Umverteilungsforderungen zu verkoppeln à la „Klima schützen, enteignen, umverteilen!“

Lena:

Ich versuche mal, ein praktisches Beispiel dafür aufzuzeigen, wie Klimapolitik mit Umverteilung und Antirassismus zusammengedacht werden können. Wir versuchen es zumindest im Bereich Flugverkehr:

Einerseits geht das natürlich wie von Nene und Riadh erwähnt über Flughafen-Aktionen – „Climate crisis is a racist crisis“ war die Botschaft in London 2016. Andererseits ist es wichtig, unsere Forderungen und Lösungsideen auf ihre sozialen Auswirkungen zu überprüfen und gemeinsam zu diskutieren. Über 80 Prozent der Weltbevölkerung ist noch nie im Flieger gesessen. 1 Prozent verursacht 50 Prozent der Flugemissionen. Die Lösung kann nicht sein, dass alle so viel fliegen wie aktuell die europäische Mittel- und Oberschicht – wäre das gerecht? Leiden tun doch nicht alle gleich unter den Folgen. Es braucht also eine Einschränkung, vor allem im Globalen Norden: Damit Fliegen im Vergleich zu Bahnfahrten nicht so billig bleibt, weil Steuern auf Kerosin und Tickets fehlen, braucht es unter anderem Steuergerechtigkeit. Und doch kann das heißen, dass sich manche hier den Urlaubsflug nicht mehr so leicht leisten können. Und was ist mit Menschen, die ihre Familie auf einem anderen Kontinent haben? Eine berechnete Frage. Aber was ist mit Menschen, die von Krieg fliehen müssen und dann im Meer ertrinken, weil sie wegen rassistischer Grenzregimes in kein Flugzeug steigen dürfen? Was ist gerecht? Keine Flüge für niemanden? Ein Menschenrecht auf Flüge? Eine bedürfnisorientierte Einteilung in legitime und Bullshit-Flüge – wobei dies in der Umsetzung krass bürokratisch wäre?

Ein konkreter Vorschlag ist eine progressive Vielfliegersteuer. Auch Limits für Flughafenausbau und Kurzstreckenflüge, die für alle gleichermaßen wirken. Und natürlich ein Recht auf Flüge für Menschen in Krisengebieten. Dennoch müssen auch die Preise aktuell hochgehen. Auch hier komme ich zu dem Schluss: Es gibt keine komplett gerechten Klimamaßnahmen in einer ungerechten Welt. Denn erst wenn alle ähnlich viel Geld und Möglichkeiten haben, ist es wirklich klimagerecht, wenn Flüge aufgrund von Preisen oder Kontingenten weniger zugänglich wären als Züge. Schaffen wir diesen Gerechtigkeitskampf in der kurzen uns verbleibenden Zeit, bis die Kippeffekte die

Erderhitzung unaufhaltbar beschleunigen? Schaffen wir ihn mit unseren aktuellen Strategien und Teilkämpfen?

Frage 4: Was sind eure konkreten Planungen für die kommenden Monate? Spielen dabei für euch die Bundestagswahlen eine besondere Rolle?

Nene:

Persönlich finde ich die kommenden Wahlen schon spannend, weil nach der Merkel-Ära endlich überhaupt mal eine Nicht-CDU-Politik möglich ist. Gleichsam erwarte ich auch unter der kommenden Regierung keine substanziellen Veränderungen, diese müssen weiterhin erstritten werden. Unsere Arbeit im Kollektiv richtet sich allerdings eher auf Betroffene und unsere Community, ob nun Baerbock, Scholz oder Laschet das Land anführt ist da sekundär.

Riadh:

Wir können uns vorstellen an weiteren Aktionen in den kommenden Monaten aus verschiedenen Bündnissen heraus aktiv zu werden. Der Fokus unserer transnationalen Arbeit verteilt sich auf viele Länder und daher fokussieren wir unsere Arbeit nicht besonders auf die Bundestagswahl.

Wenngleich die Bundesregierung auch in Nord- und Westafrika immer wieder Einfluss nimmt und zum Beispiel den Ausbau des europäischen Grenzregimes auf EU-Ebene vorantreibt. So gesehen begegnet uns deutsche Politik leider auch an vielen anderen Orten außerhalb der EU, wo wir aktiv sind.

Lena:

Wir überlegen gerade, ob wir Aktionstage für die Abschaffung von Bullshit-Flügen machen. Das Ziel wäre, dass durch Aktionen gegen Abschiebeflüge, Privatjetflüge, Nachtflüge, Kurzstreckenflüge usw. die Ungerechtigkeiten und die Links zwischen AntiRa und Klima deutlich werden. Sinnvollerweise dienen diese Aktionen auch dazu, kurz vor der Wahl oder während

der Koalitionsverhandlungen politischen Druck auf die kommende Regierung auszuüben.

Doro:

Der Ansatz der solidarischen Stadt ist lokal erst einmal eingeschlafen; das Bündnis „solidarische Gemeinschaften“ befasst sich schwerpunktmäßig mit dem Kampf gegen die Abschiebehaft. Es ist allerdings auch ein Ort, an dem sich verschiedene Initiativen der praktischen Alltagsolidarität vereinen. Von dort ausgehend gibt es immer wieder den Versuch, sich (eher lokal) auch mit den Gruppen der Klimagerechtigkeit zu verbinden. Allerdings eher anlassbezogen und an einzelnen Aktionen orientiert.

We'llCome United leidet unter den Folgen von Corona, da physische Treffen seit letztem Sommer nicht stattgefunden haben. Die lokalen Initiativen sind mit den antirassistischen Themen (Anti-Abschiebekämpfe, Anti-Lagerinitiativen, Alltagsrassismus, etc.) beschäftigt.

Eine grundsätzlichere Bestimmung wird erst wieder über physische Treffen möglich werden. Darauf werden wir uns auch in den nächsten Monaten konzentrieren. Wir freuen uns über die Initiative der Klimagerechtigkeitsbewegung, immer wieder auf die AntiRa-Bewegung zuzugehen und hoffen, dass



möglicherweise eine gemeinsame Aktion entstehen kann.

Alexis:

In diesem Jahr wird es von Ende Gelände zum ersten Mal eine große ungehorsame Aktion geben, die sich gegen Gas-Infrastruktur richtet. Und zwar gegen den Neubau von Fracking-Gas-Terminals in Brunsbüttel, Ende Juli, Anfang August. Im Zuge dieser Aktion wird es auch darum gehen, die neo-kolonialen Dimensionen von Gasförderung weltweit zu thematisieren. Der Kontext der Bundestagswahlen ist für diese Aktion insofern relevant, als dass ein rascher Ausstieg aus fossilem Gas – anders als aus Kohle – eine neue Konfliktagachse aufmacht. Denn auch wenn eine gestärkte Grüne Partei in der Bundesregierung landet, bietet sich beim Gas-Sektor enormes Reibungspotential. Für

einige Akteure der Klimagerechtigkeitsbewegung wird auch der Besuch einer zapatistischen Delegation Mitte diesen Jahres eine Rolle spielen. Schließlich kommt es nicht jeden Tag vor, dass Organisationen aus dem globalen Süden mit einer anti-kapitalistischen Programmatik, mit konkreten Anliegen, den Schritt in die Metropolen auf sich nehmen. „Überfahrt für das Leben“ nennen sie ihren Besuch. Welche reale Dynamik daraus hervorgeht ist zumindest für hierzulande noch völlig offen.

Frage 5: Nach den Bundestagswahlen am 26. September wird eine Regierungsbeteiligung der Grünen erwartet. Wir haben die „Klima schützen – Grenzen schützen“-Erfahrungen aus Österreich, wo die Grünen Menschenrechte für klimapolitische Forderungen verkauft haben. Wie groß seht ihr eine ähnliche Gefahr für Deutschland? Mit welchen Handlungskonsequenzen?

Nene:

Ich denke, dass wir leider davon ausgehen müssen, dass Ähnliches passieren kann. Daher ist eine unverhandelbare solidarische Praxis zwischen der starken Klimabewegung, allen voran FFF und antirassistischen Kämpfen zwingend notwendig, nur so können wir Druck aufbauen und der Politik zeigen, dass sie unsere Interessen nicht gegeneinander ausspielen kann.

Riadh:

Ja, das ist ein wichtiger Punkt, zumal es in der Partei der Grünen ja sehr unterschiedliche Strömungen gibt. Wir nehmen die Ängste vor diesem Szenario sehr ernst. In einem Bündnis zwischen CDU/CSU und Grünen ist eine politische Ausrichtung nach österreichischem Vorbild durchaus möglich. Es gilt, frühzeitig gegen dieses Szenario Lärm zu machen und unsere Forderung für das Recht auf Bewegungsfreiheit dagegen zu setzen.

Lena:

Ich schätze die Gefahr auch als relativ groß ein, wenn wir eine schwarz-grüne Regierung bekommen. Bei unwahrscheinlichem Rot-Rot-Grün hätte ich da natürlich mehr Hoffnungen. Hinsichtlich dessen, was wir eigentlich bräuchten – einer massiven Umverteilung von Reichtum, Privilegien, ökologischen Rucksäcken und Bewegungsfreiheit – sehe ich wenig Grund für Optimismus.

Ich bin aber auch hier in einem Dilemma: Es macht ja aufgrund der dringlichen Klimakrise, die eben gerade ärmere Gesellschaften andernorts viel massiver betrifft als uns, trotzdem Sinn, auch Druck auf dringliche Klimamaßnahmen aufzubauen. Wichtig wäre, dass dabei aber immer auch die Gerechtigkeitsaspekte betont

werden, dass die Klimagerechtigkeitsbewegung anti-rassistische Forderungen auch stark unterstützt, und dass ungerechte Scheinlösungen massiv Gegenwind von uns bekommen. Mit Scheinlösungen meine ich zum Beispiel Offsetting (CO2-Kompensationsprojekte, häufig im Globalen Süden), aber auch Atomenergie. Viele auf Technologie fokussierte Lösungsstrategien, die neue Probleme verursachen.

Doro:

Leider sehen auch wir die Gefahr als sehr groß an, dass es ähnlich wie in Österreich ausgehen könnte. Sowohl die Erfahrungen aus Baden-Württemberg als auch vor allem aus Hessen zeigen, dass die GRÜNEN kein Garant für eine gute Migrationspolitik sind. In den vergangenen Kommunalwahlen in Hessen zeigte sich, dass das Thema Migration eher gar nicht thematisiert wurde. In der hessischen Landesregierung wird deutlich, dass die GRÜNEN keine Position gegen den CDU-Innenminister beziehen. Die Hoffnung, dass sie es „wenigstens etwas besser“ machen, kann man von Hessen ausgehend nicht hegen. Hier wird Kritik an besonders skandalösen Abschiebungen von der GRÜNEN-Sprecherin mit dem Hinweis auf „Recht und Ordnung“ beantwortet.

Dennoch halten wir es für sinnvoll, im Vorfeld der Wahlen Druck aufzubauen und auch realpolitische Forderungen an die GRÜNEN zu stellen, wie es z.B. das neue Bündnis #unverhandelbar! tut: sofortige Evakuierung der Lager an den Außengrenzen und Förderung der kommunalen Aufnahme; staatliche Seenotrettung und Entkriminalisierung der privaten Seenotrettung; Schaffung sicherer Fluchtwege und Bleiberechtsregelungen für die, die schon hier sind. Und das, ohne unsere Maximalpositionen in der politischen Bewegung aufzugeben.

Alexis:

Haben die Grünen in Österreich tatsächlich substantielle klimapolitische Gewinne herauschlagen können? Den Eindruck habe nicht. Das sieht doch durch die Bank desaströs aus ... man möge mich korrigieren.

Wir sind nicht mehr in Zeiten von Kosovo-Krieg, Steuersenkungen und Hartz IV – kurz: Schröder & Fischer – von daher gilt es auszuloten, inwiefern die gestärkten Grünen ab September generell druckempfindlich sind. Im Bezug auf Migration: In puncto Seenotrettung, Familienzusammenführung, Lager auf den Ägäis-Inseln etc. könnten Geländegewinne möglich sein. Wie weit das gehen kann, hängt von den konkreten Konstellationen ab. Zu bedenken ist, dass eine grundsätzliche Neuausrichtung bei dem Umgang mit Flucht letztlich auch innerhalb der Europäischen Union abgestimmt werden müsste...

Black Earth ist ein QTBIPOC-Klimagerechtigkeitskollektiv mit Sitz in Berlin, das sich aus dekolonialer und intersektionaler Perspektive mit dem Klimawandel beschäftigt.

<https://blackearthkollektiv.org/>

Afrique-Europe-Interact ist ein transnationales, ausschließlich ehrenamtlich arbeitendes Netzwerk, das Ende 2009 gegründet wurde. Beteiligt sind Basisaktivist_innen vor allem in Mali, Togo, Burkina Faso, Guinea, Tunesien, Marokko, Deutschland, Österreich und den Niederlanden – unter ihnen zahlreiche selbstorganisierte Geflüchtete, Migrant_innen und Abgeschobene.

<https://afrique-europe-interact.net/2044-0-Das-Theater.html>

Informationen in drei Sprachen: <https://afrique-europe-interact.net>

Am Boden bleiben ist eine Klimagerechtigkeitsinitiative, die sich für eine faire Reduktion von Flugverkehr einsetzt, insbesondere mit direkten Aktionen.

<https://www.ambodenbleiben.de/>

Solidarity City-Netzwerk: „Eine Stadt, aus der kein Mensch abgeschoben wird, in der sich alle frei und ohne Angst bewegen können, in der kein Mensch nach einer Aufenthaltserlaubnis gefragt wird, in der kein Mensch illegal ist. Das sind die grundlegenden Vorstellungen von einer Solidarity City.“

<https://solidarity-city.eu/de>

Welcome United ist ein bundesweites Netzwerk aus Selbstorganisationen und Aktivist:innen, mit Schwerpunkten auf die alltäglichen Kämpfe gegen Rassismus und Abschiebungen, bekannt aber auch durch drei große kraftvolle anti-rassistische Paraden in 2017, 2018 und 2019, die zu den größten anti-rassistischen Demonstrationen der letzten Jahre gehören.

<https://www.welcome-united.org>

Kontakt: agis@nadir.org

Attac: Das globale Attac-Netzwerk entstand ausgehend von Frankreich in der globalisierungskritischen/altermondialistischen Bewegungsphase Ende der 90er bzw. Anfang der Nullerjahre und wendet sich gegen die neoliberale Form der Globalisierung: Privatisierung, Deregulierung, Liberalisierung/Freihandel und Sozialabbau. Ein Fokus der Kritik ist die Konzernmacht im Finanzsektor. www.attac.de

Ende Gelände (OG Frankfurt): Die Frankfurter Ortsgruppe ist Teil des bundes- bzw. europaweiten Bündnisses Ende Gelände, welches als Teil der globalen Klimagerechtigkeitsbewegung 2015 begonnen hat, Aktionen massenhaften zivilen Ungehorsams gegen die Tagebaue des Rheinischen Braunkohlereviere durchzuführen.

www.ende-gelaende.org

„Eine engere Zusammenarbeit wäre wichtig“

Alassane Dicko lebt in der malischen Hauptstadt Bamako und ist in dem transnationalen Netzwerk Afrique-Europe-Interact aktiv. In dem Gespräch berichtet er darüber, welche Rolle der Klimawandel in der Arbeit von Afrique-Europe-Interact spielt. Zudem geht es darum, wie Gruppen aus dem Norden und dem Süden im Bereich Klimawandel enger zusammenarbeiten könnten. Die Fragen hat Dorette Führer gestellt. Sie lebt in Bremen und ist ebenfalls bei Afrique-Europe-Interact aktiv.

Interview von Dorette Führer

Unter Klima- und Antira-Aktivist*innen in Europa zirkuliert der Slogan „Die Klimakrise ist rassistisch“. Was denkst Du dazu?

Ja, es stimmt, der Umgang seitens der internationalen Politik ist rassistisch. Denn obwohl die Auswirkungen der Klimakrise vor allem im Globalen Süden zu spüren sind, wird in den politischen Entscheidungen die

Situation der betroffenen Menschen kaum berücksichtigt. Das hat auch damit zu tun, dass die meisten Entscheidungen im Norden gefällt werden. Entsprechend geht es häufig nur um Anpassungen und Verbesserungen in den reichen Ländern. Gleichzeitig werden jene Menschen, die wegen der Klimakrise ihre Heimatregion verlassen müssen, zu Geflüchteten ohne

internationale Anerkennung. Schlimmer noch: Aufgrund des europäischen Migrationsregimes wird es immer schwieriger, Grenzen zu überschreiten. Und damit meine ich primär Grenzen innerhalb Afrikas, nicht zwischen Afrika und Europa. Denn nur die wenigsten Klimageflüchteten verlassen den Kontinent, die meisten migrieren nahräumlich oder in ihre jeweiligen Nachbarländer.

Findest Du also, dass wir für die Anerkennung des Titels „Klimageflüchteter“ eintreten sollten?

Ja, es sollte weltweit und von allen Seiten – auch von uns – daran gearbeitet werden, das Recht auf Klimafucht als UN-Konvention durchzusetzen und somit einen internationalen Schutz für die Betroffenen herzustellen, jedenfalls für die, die Grenzen überschreiten. Genauso wie es das Recht auf Flucht nach der Genfer Flüchtlingskonvention oder die Rechte für Wanderarbeiter:innen gibt. Denn die UN und vor allem die westlichen Länder lehnen den Begriff ab, weil damit eine Tür aufginge und viele Migrant:inn:en plötzlich Schutz erhalten müssten. Es entstünde auch die Pflicht, Länder zu identifizieren, die im Klimanotstand sind, was aber bis jetzt trotz der bekannten Beispiele nicht geschehen ist!

Und klar, mit einer solchen Anerkennung auf UN-Ebene wäre noch nicht alles getan. Denn auch die seit langem international anerkannten Konventionen werden von den reichen Ländern des globalen Nordens immer wieder ausgebremst, indem sie nicht ratifiziert und somit auch nicht in nationales Recht umgesetzt werden – wie zum Beispiel die Wanderarbeiterkonvention. Trotzdem würde mit diesem Recht auf Klimafucht eine neue, international geteilte Basis entstehen, sodass die Probleme der Betroffenen ungleich ernster genommen werden müssten.

Aber hast Du nicht die Sorge, dass damit die anderen Gründe, weshalb Menschen fliehen oder migrieren, abgewertet werden?

Im Gegenteil, mit dem Recht auf Klimafucht können wir als Aktivist:innen schlagkräftiger im öffentlichen Diskurs auftreten, um die bestehende rassistische Ignoranz zu durchbrechen. Auch



die anderen Probleme könnten thematisiert werden, die direkt damit zusammenhängen: Armut, schlechte Regierungsführung, fehlender Zugang zu Land, das Recht auf Leben – all das würde stärker sichtbar werden. Denn der Klimageflüchtete wäre nicht mehr der junge Mann aus der Sahara mit einem Rucksack. Vielmehr würde es dann auch darum gehen, woher er kommt, und vor allem warum. Es hätte einen Mehrwert, wenn wir das im Paket diskutieren würden.

Du hast schon öfter die Dürre im Sahel in den 1970er und 1980er Jahren erwähnt, von der heute bekannt ist, dass sie eine der ersten Folgen der Klimakrise war. Damals hast du in der Region Mopti im Zentrum Malis gelebt. Welche Erinnerungen hast du?

Die Situation war sehr hart, die meisten Tiere starben und Millionen Heuschrecken fraßen die wenige Hirse, die die Familien anbauten. Internationale NGOs gaben viel Geld aus, aber das Ergebnis war null. Ich war ein Teenager und sah zu, wie die Flugzeuge die Kisten mit Weizen abwarfen – wir bezeichneten sie in unserer Sprache als „Alkama“, etwas das unbekannt ist. Und das war es in der Tat: ein unbekanntes unbrauchbares Nahrungsmittel. Denn normalerweise aßen die Menschen im Zentrum Malis Hirse oder Mais, was mit Steinen kleingemahlen wurde. Aber der Weizen ist 10 Mal härter, und es gab eben keine Mörser, wie im Süden des Landes! Die Frauen waren sehr schwach, zudem brauchte es viel Brennholz für die Zubereitung von Weizen, doch auch das gab es kaum. Nichts ging, letztendlich wurde der Weizen stehengelassen.

Sie haben die Leute also nicht wirklich gefragt, was sie wollen?

Genau, es ist, als würde man jemandem Rindfleisch geben, der normalerweise nichts anderes als Spaghetti isst. Es gab dann viele Tote. Von den jungen Tuareg, die ungefähr ein Drittel der Bevölkerung im spärlich besiedelten Norden ausmachen, gingen viele nach Libyen, um als Söldner bei Gaddafi anzuheuern. Die gleichen Tuareg kamen nach dem Sturz von Gaddafi 2011 zurück und begannen Anfang 2012 im Norden Malis

einen Aufstand. Insofern sind die heutigen Konflikte im Norden Malis auch eine indirekte Folge der Klimakrise in den 1970er und 1980er Jahren und der unangemessenen internationalen Hilfe.



Lass uns über unser gemeinsames Netzwerk Afrique-Europe-Interact sprechen: Was hat unsere Arbeit mit der Klimakrise zu tun?

Es gibt ganz verschiedene Verbindungen, vor allem dort, wo es um Landwirtschaft und Fischerei geht. Zum Beispiel ist in unserem Netzwerk der „Verein der Fischer aus Timbuktu“ aktiv. Der Verein ist seit 2010 in Bamako angesiedelt. Die Fischer:innen sind Klimaflüchtete, ihre Erträge wurden wegen des sinkenden Flusswasserspiegels immer kleiner, sie mussten deshalb vom Norden in den Süden wandern. Als Netzwerk haben wir sie beim Aufbau einer kleinen Fischzucht unterstützt, was ihre Position als Migrant:innen in Bamako enorm gestärkt hat. Letztlich sollte es immer darum gehen, die Bedürfnisse der Betroffenen ins Zentrum zu rücken, damit ihre Lebensweise nicht noch weiter destabilisiert wird.

Afrique-Europe-Interact arbeitet seit 2014 mit der Bauerngewerkschaft COPON zusammen, wo liegen hier die Verbindungen zur Klimakrise?

Die COPON ist im Bewässerungsgebiet des „Office du Niger“ aktiv, der Name kommt daher, dass das Office du Niger vom Niger-Strom gespeist wird. Und gerade in Zeiten des Klimawandels ist Bewässerung unverzichtbarer denn je. Entsprechend geht es bei einem der Hauptkämpfe der COPON um Wasser. Ausgangspunkt ist eine jährliche Gebühr, die der Staat erhebt, um die Instandhaltung des Kanalsystems zu finanzieren. Die Gebühr ist jedoch für die meisten bäuerlichen Haushalte zu hoch. Dennoch wird ihr Land konfisziert, wenn sie nicht fristgerecht zahlen. Zumindest war das in der Vergangenheit so. Mittlerweile haben sich die Bedingungen gelockert, so dass es nicht mehr zur

Konfisizierung von Land kommt. Und das ist das Verdienst der COPON, die mit Unterstützung von Afrique-Europe-Interact eine jahrelange Kampagne gegen die Wassergebühren und den damit zusammenhängenden Landraub gemacht hat. Hierzu haben auch Solidaritätsproteste in Deutschland gehört – sowohl vor der malischen Botschaft als auch vorm Entwicklungsministerium. Gleichzeitig müssen wir wachsam bleiben. Denn ausgerechnet in diesem Jahr macht der Staat wieder mehr Druck, obwohl die Haushalte durch die verschiedenen Krisen extrem geschwächt sind.

In den Jahren 2019 und 2020 ist es im Office du Niger durch klimawandelbedingten Starkregen zu Überschwemmungen gekommen – die Situation wurde zudem durch schlecht gewartete Kanäle verschlimmert. Aber die Betroffenen haben kaum Unterstützung erhalten, auch nicht durch die internationale Gemeinschaft. Sollten wir nicht den Schutz der Bauern und Bäuerinnen im Rahmen von Klimareparaturen einfordern?

Ja, das wäre gut, wir sollten auch die Einrichtung von umfassenderen Notfall-Fonds fordern, zusammen mit unserem Kampf für die Anerkennung des Rechts auf Klimaflucht.

Welche Fonds meinst du genau?

Es gibt diverse Fonds sowohl im Rahmen von Anpassungsgeldern aus dem [UN-Klimaprozess](#) als auch in anderen Programmen. Selbst der im November 2015 aufgelegte [EU-Nothilfe-Fonds](#) zur Bekämpfung von Fluchtursachen hat Anpassungs-Programme bezüglich der Klimakrise. Aber das Geld reicht nicht, zumal es immer wieder zu massiver Veruntreuung durch staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure kommt. Außerdem fließen 40 Prozent der Gelder in die Finanzierung von Migrationskontrolle. Es muss also mehr Geld international zur Verfügung gestellt werden und das sollte sich zu 100 Prozent auf die besonders vulnerablen Bevölkerungsgruppen und ihre spezifischen Bedürfnisse konzentrieren und nicht auf das Interesse der EU, Migration aus afrikanischen Ländern zu kontrollieren.

Und wie könnte eine verstärkte Zusammenarbeit von Afrique-Europe-Interact mit der Klimabewegung im Norden aussehen?

Es ist wie gesagt ein offenes Geheimnis, dass der politische Kampf im Westen oft nur für die westliche Welt geführt wird. Im Grunde ist es gut, was getan wird, aber es hat keinen Einfluss auf unsere alltägliche Realität im Süden des Globus. Zum Beispiel sind die Erhöhung der Temperaturen und die Veränderung der Niederschläge im Sahel überwiegend auf die Klimakrise zurückzuführen. Wir wollen etwas dagegen tun, aber die EU redet hauptsächlich von den dschihadistischen Gruppen im Sahel und militärischen Interventionen.

Und das, obwohl die EU aus ihren eigenen Forschungen weiß, dass sich die Terroristen vor allem deshalb im Sahel festsetzen können, weil sie den Hunger und den Mangel der Leute dort ausnutzen. Das ist eigentlich völlig klar!

Aber nochmal: Was heißt das für die Zusammenarbeit mit Klimaaktivist:innen im Norden? Wir reden ja bei Afrique-Europe-Interact schon lange über die Schaffung von Klimagerechtigkeit von unten.

Eine engere Zusammenarbeit in Klimafragen wäre sehr wichtig, aber die Klimaaktivist:innen müssten wirklich bereit sein, sich unsere Themen anzueignen. Denn die meiste Zeit wollen die Zivilgesellschaften des globalen Nordens, dass die Zivilgesellschaften im Süden sich ihrer Themen annehmen, aber nicht umgekehrt. Wir denken derzeit darüber nach, Initiativen anzustoßen, bei denen sich einzelne Dörfer oder Gruppen in Mali – aber auch in anderen Regionen, wo

Afrique-Europe-Interact aktiv ist – jeweils mit Klima-Gruppen aus dem globalen Norden in verbindlichen Kooperationen zusammenfinden. Es geht darum, die Kämpfe der Gruppen auf der afrikanischen Seite direkt und solidarisch zu begleiten. Zum Beispiel die Dörfer Sanamadougou und Sahou, die gegen Landraub kämpfen oder die COPON. Dafür braucht es eine gute gemeinsame Struktur durch regelmäßige Treffen und Gruppen per Internet und auch gegenseitige Besuche, soweit es umsetzbar ist, um ein Kennenlernen zu ermöglichen. Denn eine vertrauensvolle und verbindliche Kommunikation ist ein Schlüssel-Instrument in diesem Prozess. Dabei können wir auf die Erfahrungen von transnationaler Zusammenarbeit aufbauen, wie sie bei Afrique-Europe-Interact schon lange praktiziert wird. Denn klar ist, dass es ein Potenzial für weitergehende Dynamiken gibt – dieses muss allerdings genutzt werden, um die dringende Verstärkung von globalen Synergien zu ermöglichen, die in den lokalen südlichen Realitäten verankert sind.

Afrique-Europe-Interact (AEI) ist ein 2010 gegründetes transnationales Netzwerk mit Mitgliedsgruppen in verschiedenen afrikanischen und europäischen Ländern. Mehr Informationen zu unseren Aktivitäten finden sich auf unserer Webseite: www.afrique-europe-interact.net. Zum Thema dieses Interviews haben wir 2019 einen kleinen Artikel in unserer einmal pro Jahr erscheinenden Zeitung veröffentlicht: <https://afrique-europe-interact.net/1815-0-taz-Beilage-12-2019.html>. Wir freuen uns über Fragen und Anregungen, vor allem aber über konkretes Interesse an der Idee von solidarischen Kooperationen zwischen afrikanischen und europäischen Gruppen und Netzwerken! Kommt gerne auf uns zu.

Die Zapatistas bereisen Europa

Am 2. Mai 2021 machte sich eine erste Gruppe von Zapatistas mit einem Segelschiff von der Karibik aus auf den Weg nach Europa. Es ist die erste Station einer Weltreise: „Wir sind Zapatist*innen, Träger*innen des Virus des Widerstandes und der Rebellion. Als solche werden wir die 5 Kontinente bereisen.“

Elisabeth Voß

An dieser Stelle hätten wir gerne ein Gespräch mit Leuten aus dem [Ya-Basta-Netz](#) veröffentlicht. Leider war das angesichts der umfangreichen Organisationsaufgaben rund um diese Reise im Moment nicht möglich – was wir bedauern, aber auch gut verstehen können. So habe ich im Folgenden einiges zusammengetragen, was ich aus unserer Trossenstek-Perspektive interessant fand.

Mit der Schiffsreise kehren die Zapatistas die Eroberung Amerikas vor 500 Jahren symbolisch um. Am 13. August, dem Jahrestag der (vermeintlichen) Eroberung, wollen sie in Madrid sein: „Wir werden dem spanischen Volk zwei einfache Dinge sagen: Erstens: Dass

sie uns nicht erobert haben. Dass wir weiterhin da sind und Widerstand und Rebellion fortsetzen. Zweitens: Dass sie nicht bitten müssen, dass wir ihnen etwas vergeben.“ (Kommuniqué der EZLN vom [5. Oktober 2020](#)). Sie prangern die aktuellen Gewalttaten und Zerstörungen an. Immer wieder gibt es tödliche Angriffe auf zapatistische Aktivist*innen. So wurde zum Beispiel [am 20. Februar 2019](#) der Umweltschützer Samir Flores Soberanes, der sich gegen den Bau eines Wärmekraftwerks und der dazu gehörigen Gaspipeline engagierte, vor seinem Haus erschossen, oder [zuletzt am 8. Mai 2021](#) der 24-jährige Pedro Lunez Pérez bei einem paramilitärischen Angriff getötet. „Und



Quelle: <https://www.ya-basta-netz.org/die-zapatistas-kommen-zu-uns>

heute, nach mehr als fünfhundert Jahren Conquista und Krieg, sind wir in Gefahr, ausgelöscht zu werden – zusammen mit der gesamten Welt“ warnen [Indigene Räte im Januar 2021](#).

Viele ihrer Botschaften packen die Zapatistas in märchenhafte Geschichten. So lassen sie einen „Alten Antonio“ im Jahr 1985 sagen: „Es kommt der Tag, an dem der Tod sich aufs Grausamste zeigen wird. Die Maschine, die die Wege krank macht, wird begleitet von einem quietschenden Räderwerk. Sie wird lügen, wenn sie sagt, sie bringe Wohlstand. Denn Zerstörung bringt sie. Wer sich diesem Getriebe widersetzt, das Pflanzen und Tiere unter sich begräbt, dessen Leben und Erinnerung wird durch Mord enden. Das Leben stirbt durch die Kugel; die Erinnerung durch die Lüge. Die Nacht wird sich verlängern. Der Schmerz wird sich weiter ausbreiten. Es werden viele Tode gestorben.“ (Kommuniqué der EZLN vom [Oktober 2020](#)).

Nicht die Unterschiede suchen, sondern das Verbindende

Mit ihrer „[Reise für das Leben](#)“ möchten die Zapatistas weltweit Bewegungen „von links und unten“ zusammenbringen. „Es geht darum, uns zu vernetzen und unsere Kämpfe zu verbinden“ heißt es im [Mobilisierungsvideo](#), und „Wir werden nicht die Unterschiede suchen, sondern was uns verbindet.“ Gerade der zerstrittenen Linken in Deutschland kann das nur gut tun. In der Tageszeitung [nd \(früher „Neues Deutschland“\)](#) vom [4. Mai 2021](#) erläutert Luz Kerkeling vom [Ya Basta Netz](#): „Ihre erste Delegation bezeichnen die Zapatistas als ‚Geschwader 421‘, da sie aus vier Frauen, zwei Männern und einer »unoa otroa« (dt. in etwa: eine

Person anderen Geschlechts) besteht. Ab Juli folgen weitere Delegierte, so dass die Gesamtgruppe 160 Personen umfassen wird, die das Mandat der rund 1000 zapatistischen Gemeinden aus Chiapas, Mexiko, innehaben.“ Er führt weiter aus, dass es thematisch „neben dem antipatriarchal-feministischen Schwerpunkt der Reise auch um antifaschistische, antikapitalistische, antimilitaristische, antirassistische, internationalistische und umweltrelevante Themen sowie um das Kennenlernen ökologisch-solidarischer Projekte gehen“ wird. Auch eine Kundgebung gegen den Konzern Bayer ist geplant.

Die Reise wirkt bereits in der Vorbereitungsphase, und es klingt recht hoffnungsvoll, was Luz Kerkeling von seiner Kollegin Ruth Schmidt übermittelt: „Es gibt zahlreiche Mobilisierungsveranstaltungen. Die EZLN hat schon jetzt dafür gesorgt, dass sich viele emanzipatorische Kämpfe überhaupt kennengelernt und stark miteinander vernetzt haben. Das ist eine deutliche

Stärkung der außerparlamentarischen Linken, die wir wirklich schon lange nicht mehr erlebt haben.“

Zum Beispiel die Vorbereitungsgruppe in Berlin

Die Berliner Vorbereitungsgruppe ist ein FLINTA*-Netzwerk, was sich aus Personen aus verschiedenen Gruppen und Kollektiven zusammensetzt. Mit dabei sind feministische Gruppen, Gruppen, die migrantische Kämpfe sichtbar machen und zu Dekolonialisierung arbeiten und Menschen, die in verschiedenen studentischen, Arbeits- und Wohnkollektiven organisiert sind.

Aus einer Einladung an die Zapatistas:

„In Resonanz mit der Tour für das Leben und als Produkt unseres Organisationsprozesses liegt/lag der Fokus für uns auf antipatriarchalen und feministischen Kämpfen, zusätzlich zur Beteiligung migrantischer Kämpfe und mit einer klassenkämpferischen Perspektive als transversaler Achse.

Für uns ist es wichtig, dass der um Ihren Besuch herum generierte Austausch nicht zusammenbricht, sobald der Besuch dem Flusslauf folgt. Unser Prozess des gemeinsamen Schaffens hatte zum Ziel, dass dieses Treffen nur der Anfang von etwas Neuem ist, deshalb ist das gegenseitige Kennenlernen und das Knüpfen von Banden der gemeinsamen Arbeit an sich unser Programm. Dies ist also unsere Einladung an alle, Verbindungen, zu schaf-

fen, die es uns ermöglichen, weiterhin gemeinsam für die Freiheit unserer Welten zu kämpfen!

Hier haben wir mehrere Sprossen, die wir gemeinsam weiter gießen müssen: die Frage der antikolonialen Kämpfe ohne Territorium, der Kampf gegen Extraktivismus und Megaprojekte aus dem Raum, der sie entweicht, die Ernährungs-souveränität in einer Metropole, die Rolle des weltweiten Repressions- und Gefängnisystems, das unsere GenossInnen ins Exil treibt... und der Garten wird weiter wachsen.“

Kontakt: berlin@ya-basta-netz.org

Europa soll ein widerspenstiges Land werden

Azize Aslan berichtet am [10. Mai in der Online-Zeitung anfddeutsch.com](#): „Als erste Zapatist:in soll die Transfrau Marijose Europa betreten. Die Zapatistas benutzen den Begriff ‚otroa‘ als Namen für alle alternative Formen von Dritten Geschlechtern. Xier wird erklären: ‚Im Namen der zapatistischen Frauen, Kinder, Männer, Alten und natürlich Otroas erkläre ich, dass der Name dieses Bodens, den seine Eingeborenen jetzt ‚Europa‘ nennen, fortan SLUMIL K’AJXEMK’OP, das heißt ‚widerspenstiges Land‘, oder ‚Land das nicht aufgibt und nicht verzagt‘ genannt werden wird. Und so wird es den Einheimischen und Fremden bekannt sein, solange es hier jemand gibt, der nicht aufgibt, sich nicht verkauft und nicht kapituliert.“ Auf ihrer Reise durch Europa wollen die Zapatistas auch mit der kurdischen Freiheitsbewegung zusammen kommen, zu der schon lange Beziehungen bestehen, berichtet Azize Aslan weiter: „Beide Bewegungen haben, so weit voneinander entfernt, ähnliche Konzepte und soziale Praktiken entwickelt und verfolgen ein Frauenbefreiendes, radikaldemokratisches Paradigma jenseits des Nationalstaats und der kapitalistischen Moderne.“

Hoffnung atmen

Unter dem Titel „Jetzt können wir Hoffnung atmen“ schreibt der Politikwissenschaftler John Holloway, der die zapatistische Bewegung von Anfang an begleitet, im [Juni 2021 in CONTRASTE – Monatszeitung für Selbstorganisation](#), die Zapatistas kämen „nicht um zu führen, sondern um zu teilen. Ein Händehalten, ein wechselseitiger Fluss von Energien, vielleicht ein Funke. Ein Austausch bestimmter Erfahrungen des gemeinsamen Kampfes, um die Hydra zu töten, ein Lernen, das ein Lehren ist, ein Lehren, das ein Lernen ist.“

Er hofft, „dass die verrückte Reise mehr Menschen, weit jenseits der Welt der Aktivist*innen, berühren wird als nur die ‚üblichen Verdächtigen‘“ und betont, diese Reise solle „den Kampf für das Leben und gegen

den Kapitalismus (denn der Kampf für das Leben muss ein Kampf gegen den Kapitalismus sein) in eine neuerlich surreale Dimension führen. Der Surrealismus ist von entscheidender Bedeutung, denn er bricht die Logik des Kapitals und seines Staates, der unsere Träume von etwas Besserem in die Reproduktion des ewig gleichen Systems des Todes zieht und zieht und zieht.“

Den Kapitalismus zerstören?

In einer gemeinsamen „[Erklärung für das Leben](#)“ eines Teil des Europa von Unten und der zapatistischen Befreiungsarmee EZLN wird ein vielfältiges „Wir“ beschrieben, das durch Vieles getrennt und nur durch Weniges verbunden wird. Doch dies Wenige hat es in sich: „Dass wir uns die Schmerzen der Erde zu eigen machen“ und: „Der Verantwortliche für diese Schmerzen ist ein System. Den Henker stellt ein ausbeuterisches, patriarchales, pyramidenförmiges, rassistisches, räuberisches und kriminelles System dar: der Kapitalismus.“

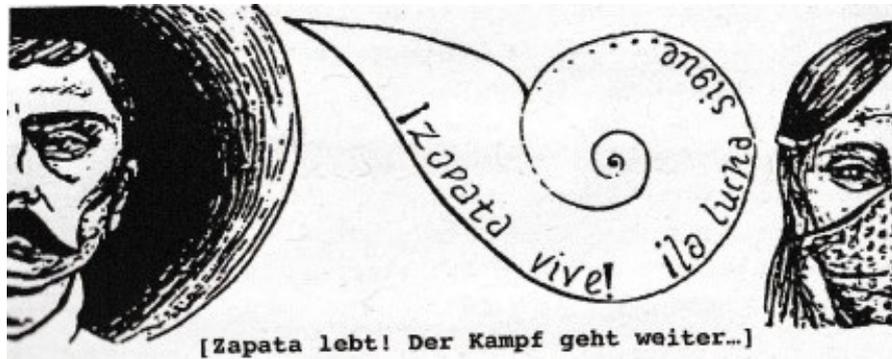
Daraus folgt „Das Wissen: Es ist nicht möglich, dieses System zu reformieren, zu erziehen, abzumildern, zu rechtzufeilen, zu zähmen, zu humanisieren. Die Verpflichtung: Zu kämpfen, überall und jederzeit – jede/r auf ihrem/seinem Gebiet – gegen dieses System – bis es vollständig zerstört ist.“ Ist das ein Widerspruch zu unseren Alltagskämpfen für ein besseres Leben schon heute, für Seenotrettung und Rechte von Geflüchteten, gegen die Zerstörung der Natur und für Arbeits- und Mieter*innenrechte, für Kollektivbetriebe, selbstverwaltete Hausprojekte und solidarische Handelsstrukturen?

Vielleicht löst sich der (scheinbare?) Widerspruch auf, wenn wir versuchen, uns auf die indigene Kosmologie



Aus: *kolektivo alakrxn: In ihrer eigenen Sprache – Bats’l K’op Zapatista, copyleft*

der Zapatistas einzulassen, die sich nicht als getrennt von der Umwelt erleben, sondern als Teil von etwas Größerem. Das berühmte „fragend voran“ ist eine Haltung zur Welt, die nicht formen oder bestimmen will, sondern in einem empfangenden und mitfühlenden Fluss bleibt. Dies Fragen geht weit über rein rationales Verstehen hinaus. Da geht es um Wahrhaftigkeit und um die Sprache des Herzens, um Beziehungen und gegenseitige Abhängigkeiten anstelle von Besitzverhältnissen. Die zapatistische Kollektivität steht nicht im Widerspruch zur Individualität, „weil das kollektive Interesse



Aus: kolektivo alakrxn: *In ihrer eigenen Sprache – Bats'1 K'op Zapatista, copyleft*

schließlich auf das persönliche stützt“ (kolektivo alakrxn: [In ihrer eigenen Sprache – Bats'1 K'op Zapatista](#), Januar 2021, Seite 25).

Diese zapatistische Weltsicht bewegt sich jenseits kolonial, patriarchal und kapitalistisch geprägter Logiken, Denk- und Empfindungsweisen. Insofern verstehe ich es so, dass das Schmerzen verursachende System mit jedem Projekt ein Stück weit zerstört wird, in dem eine andere Wirklichkeit schon heute gelebt wird – also auch in vielem von dem, was wir mit unseren unterschiedlichen Alltagskämpfen versuchen. Dies ist jedoch nicht mit einem Mal getan, sondern es ist ein ständiger Kampf für diese andere Wirklichkeit

und gegen das Einsickern des Schmerzens Verursachenden von innen und von außen.

Gemeinsam im Schneckentempo voran

Wir vom Trossenstek haben uns die Schildkröte als Symbol des langsamen, aber stetigen und immer fragenden Vorangehens gewählt. Die Zapatistas beschreiben ihren Weg als Weg der Schnecke. Seit sie 1994 mit „Ya Basta!“ den Kampf aufnahmen, endete

ihr Schweigen „und die 500 Jahre Kampf gegen den Kolonialismus gingen weiter, langsam aber beständig, wie eine Schnecke“. Die Zeit verstehen sie als Spirale und als ein Kontinuum: „Die

Schnecke, die sich langsam vorwärts bewegt, die Muschel, die die *comunidad* zur Zusammenkunft ruft, die Spirale (*pu'y*), die das Eintreten ins Herz repräsentiert.“ (In ihrer eigenen Sprache, Seite 12 und 13).

Wir freuen uns auf den Austausch und hoffen, dass der Besuch der Zapatistas mehr und dauerhaftere Wirkungen erzielt, als die vielen Veranstaltungen, Kongresse und Netzwerktreffen, die oft inspirierend sind, aber viel zu selten zu kontinuierlichen Vernetzungsprozessen führen. Angesichts der Herausforderungen der vielen Krisen wäre eine stetig voranschreitende globale Vernetzung „von links und unten“ unbedingt notwendig.

„... dass wir alle gemeinsam die Kraft haben, die Welt zu verändern, wenn wir es wirklich wollen!“

In den kurdischen Kämpfen und im Aufbau selbstorganisierter Strukturen in Rojava spielen Frauen eine wichtige Rolle. Über ihre Erfahrungen dort und die gesellschaftliche Linke hier sprachen wir als Redaktion mit Berfin Gözen von Ceni e.V., dem kurdischen Frauenbüro für Frieden.

Bitte beschreibe zuerst kurz, wie CENI organisiert ist, was Ihr konkret macht und mit welchen Bewegungen Ihr vernetzt seid oder kooperiert.

CENI wurde im Mai 1999 von in Europa lebenden kurdischen und türkischen Frauen mit dem Ziel gegründet, die internationale Solidarität von Frauen für Friedensprozesse in der Türkei und Kurdistan, im Mittleren Osten und weltweit zu stärken. Friedensengagement bedeutet für uns nicht nur uns gegen Kriege und jede Form von Unterdrückung zu

stellen. Vielmehr ist der Einsatz für eine freie und ökologische Gesellschaft, die auf sozialer Gerechtigkeit beruht und eine Abkehr vom patriarchalen Herrschaftssystem darstellt, ein wesentlicher Bestandteil unserer Friedensarbeit. In diesem Kontext sind wir eng verbunden mit der kurdischen Frauenbewegung (TJK-E und YJK-E). Wir verstehen unseren Kampf als international, deswegen sind wir global vernetzt. Unter anderem sind wir Mitglied der IWA (International Women's Alliance), WIDF (Women's International Democratic

Federation) und engagieren uns ebenfalls im kämpferischen Frauenrat. 2018 haben wir zum Beispiel einen internationalen Frauenkongress in Frankfurt organisiert, wo unter anderem Vertreter_innen der IWA, RAWA, BlackLivesMatter, COPINH, Madres de Plaza de Mayo teilgenommen haben, mit denen wir uns ebenfalls in verschiedenen Bündnissen befinden.

Wo siehst Du Verbindungen der Selbstorganisation und der Kämpfe von Frauen in Rojava (Nord-Ost-Syrien) mit politischen Bewegungen hier?

Manchmal erscheint es schwierig, eine Realität angemessen wiederzugeben. Die Frage nach Organisation ist und bleibt in der deutschen Linken ein wichtiges Thema und noch viel mehr: eine Sehnsucht. Wenn wir von der kurdischen Bewegung und der Praxis von Rojava sprechen, dann sprechen wir hier von einer sowohl internationalistischen als auch anti-kolonialistischen Perspektive als Hintergrund. Kämpfe zu vereinen, sich gemeinsam zu organisieren, Öffentlichkeit für einander zu schaffen und sich zu stärken in den schwierigen Momenten sind Werte und Maßstäbe einer solchen Organisationsform und Philosophie. Die ganze Welt blickt nun auf Rojava, in voller Bewunderung und Verwunderung. Was geschaffen wurde ist kein Wunder, sondern jahrelanger kollektiver Kampf einer Bevölkerung und die Disziplin an einer Utopie festzuhalten, das Glas immer halb voll und nicht halb leer zu sehen. Heute sprechen wir von autonomen selbstverwalteten Gebieten in Nord-Ost-Syrien. Es hat auch viel mit Disziplin und dem Glauben an eine Revolution oder Veränderung zu tun. Verbindungen haben wir sehr viele. Über gemeinsame Kampagnen, Veranstaltungen und auch Soli-Gruppen, die zur kurdischen Thematik arbeiten. Die Frauen in Nord-Ost-Syrien sind gerade Vorreiterinnen und Inspirationsquelle für so viele feministische Kämpfe in Europa und auch Deutschland. Als eine mehrheitlich weiße Gesellschaft, die ihre eigene Geschichte überwinden und ihren Verlauf verändern möchte, muss eine anti-kolonialistische Perspektive entscheidend für die Politik sein, die man macht. Da sehe ich sehr starke Verbindungen und Möglichkeiten und genau in diesem Rahmen organisieren wir uns auch in der Diaspora.

Wie nimmst Du die gesellschaftliche Linke hier in Deutschland wahr?

Politische Arbeit erweckt oft einen sehr fragmentierten und zerstückelten Eindruck. Unter dem Motto „Arbeitsteilung“ wird sich voneinander entfernt, oft auch inhaltlich. Vernetzung erfordert Kapazitäten, aber neben dem, was man „Leben“ nennt und vor allem zum Überleben braucht, bleibt oft nicht mehr viel Zeit und Platz für Politik. Zwischen alltäglichen Widerstandshandlungen, die nicht im öffentlich sichtbaren Bereich dessen stattfinden, was als politisch gilt, und der Organisation von Demonstrationen, Konferenzen oder Soli-Aktionen, geht oft der Blick dafür verloren,



Qamishlo: Demo gegen die Isolation von Abdullah Öcalan mit Kongreya Star Fahne, Credits: anfddeutsch.com

wie viele Verknüpfungen es zwischen verschiedenen Bereichen und Frage- und Problemstellungen gibt. Doch diese Art von fragmentierendem Denken macht die Verknüpfung alltäglicher Kämpfe schwer, da es voneinander trennt und distanziert, Hierarchien in Kämpfen aufbaut, die nicht der Realität entsprechen.

Was meinst Du mit „alltäglichen Widerstandshandlungen, die nicht im öffentlich sichtbaren Bereich dessen stattfinden, was als politisch gilt“?

Und was bedeutet der letzte Satz? In welchen Kämpfen und Bewegungen macht Ihr von CENI hier diese Erfahrungen?

Kämpfe am Arbeitsplatz zum Beispiel oder in der Schule. Zwischen privat und politisch wird getrennt und alles, was im Privaten stattfindet, wird oft im politischen Rahmen evaluiert und diskutiert. Der Raum, in dem aber die „alltägliche Widerstandshandlung“, wie ich es genannt habe, stattfindet, wird oft nicht als politisch eingestuft. Oft gar nicht mal von den Betroffenen selbst, sondern viel mehr vom Gegenüber. Der/dem Vorgesetzten oder den Kolleg*innen zum Beispiel. Das sind alles politische Probleme, meistens sogar strukturell bedingt wie bei Rassismus und Sexismus. Das sind alles Kämpfe,

die gesehen und organisiert werden müssen. Zwischen privat und politisch zu trennen hat noch nie Sinn ergeben, wenn wir ehrlich sind, aber gerade als Frau ist es unmöglich, das voneinander zu separieren.

Dieses Wissen ist ein feministisches Erbe von all den Frauen, die uns den Weg bis heute geebnet haben. Ein Beispiel dafür ist Mexiko. Die mexikanischen Frauen, die gegen die Feminizide auf die Straße gehen, und auch die zapatistischen Widerstandskämpferinnen, haben uns alle begeistert und weltweit alle Menschen gestärkt, die sich gegen das Patriarchat wehren und wehren wollen. Die Einheit wurde nicht unbedingt durch die gleichen Ideologien und Philosophien geschaffen, sondern viel mehr durch den gemeinsamen Gegner, die reale Bedrohung. Es ging nicht darum, welche Weltanschauung besser oder richtiger ist, ob Kommunismus, Anarchismus oder oder, sondern es ging darum, sich gemeinsam und gegenseitig gegen den Staat und seine feminizidale Politik zu schützen, der die Frauen bedroht. Im gemeinsamen Kampf wurden Hierarchien abgeschafft, weil nicht mehr in Kategorien von besser/schlechter, mehr wert/weniger wert gedacht wurde, sondern in Gemeinsamkeiten und Überschneidungen. Und durch diese Verbundenheit konnten dann auch gemeinsame Vorstellungen einer Alternative diskutiert und ausprobiert werden, ohne sich sofort in die Haare zu kriegen und voneinander abgrenzen zu müssen.

Wie können nach Euren Erfahrungen Verbindungen geschaffen werden?

Ein Kampf gegen das herrschende patriarchale, kapitalistische System ist nur gemeinsam möglich. Es geht dabei auch nicht um die Fragestellung, wer für wen reden kann. Wir sind alle gleich betroffen vom selben System. Die Auswirkungen zeigen sich nur anders. Rassismus, Sexismus, Eurozentrismus, Fremdenfeindlichkeit etc. sind alles Nebenwirkungen bzw. Auswirkungen eines Systems, welches

gegen uns alle agiert. Man muss keinen Migrationshintergrund haben, um von Rassismus betroffen zu sein. Eine Gesellschaft, in der Rassismus Platz hat, in der solche Muster reproduziert werden kann für niemanden gut sein, für keinen Menschen. Von Sexismus oder Patriarchat sind auch nicht nur FLINT*-Personen betroffen. Männer werden von diesem System auch auf eine gewisse Art unterdrückt und in ihrem Menschsein angegriffen, sie empfinden es allerdings nicht so, da sie vermeintlich oder tatsächlich die Profitierenden sind. Betroffen-Sein hat also mehr mit Empathie und Solidarität zu tun und weniger mit Opfer von etwas sein. Da müssen wir uns begegnen, genau in diesem Raum der Solidarität. Mehr bedarf es gar nicht.



Kurdisch-türkische Frauen tanzen „Las Telsis“, Credits: anfddeutsch.com

Einerseits kann ich nachvollziehen, dass diese verbindende Perspektive für gemeinsames Handeln wichtig sein kann. Gleichzeitig gibt es aber doch sehr große Unterschiede in der Betroffenheit.

Frauen werden Opfer von häuslicher Gewalt und Feminiziden, jüdische Menschen leiden auch in Deutschland wieder verstärkt unter Antisemitismus und immer wieder werden Menschen Opfer von rassistischen Terroranschlägen und

mörderischen Abschiebungen.

Gerade indem beispielsweise die „Black Lives Matter“-Bewegung für besonders benachteiligte Menschengruppen eintritt, fordert sie ja universelle Rechte für alle – im Gegensatz zu „All Lives Matter“, was der rechte Contra-Slogan ist, der den Schwarzen ihre Betroffenheit abspricht. Würdest Du die Perspektive von Marginalisierten wirklich vollkommen ignorieren? Ist nicht gerade in Rojava auch wichtig, dass Frauen überhaupt sprechen und dass sie als Frauen sprechen?

Darum geht es gar nicht. Natürlich sollen die Gruppen alle für sich selber sprechen! Genau diese Räume müssen vor allem in der Diaspora und in mehrheitlich weißen Gesellschaften geschaffen werden. Aber es geht darum, sich ebenfalls von

etwas betroffen zu fühlen, was einen vielleicht auf den ersten Blick nicht anspricht. „Ich bin weiß und deswegen nicht betroffen von Rassismus“ ist keine treffende Aussage. Es passiert einem zwar nicht alltäglich selbst, aber man existiert in einer rassistischen Gesellschaft und ist somit dazu gezwungen, in diesen Denkschemata zu bleiben und damit jeden Tag konfrontiert. Es geht darum eine praktische Solidarität zu entwickeln, sich gegenseitig zu verstehen und sich ineinander einzufühlen.

Welche Rolle spielen Frauen in der Entwicklung der Selbstverwaltung in Rojava?

In Rojava gab es bereits vor der Revolution eine Kultur des Gemeinschaftslebens, die gesellschaftlich verankert war. Besonders in den Dörfern. Es waren vor allem diese gesellschaftlichen Strukturen, die es ermöglicht haben, Formen der Organisation zu finden. Es mag schwer vorstellbar sein, aber Gruppen von Frauen sind von Haus zu Haus gezogen und haben sich einzeln mit den Frauen unterhalten: „In Rojava haben wir 2005 angefangen, uns zu organisieren. Damals hat das Assad-Regime offizielle Organisationsstrukturen verboten, weshalb wir uns vor allem geheim organisiert haben. Es war ziemlich harte Arbeit. Was wir getan haben, war, dass wir von Haus zu Haus gegangen sind und dort Tausende von Gesprächen mit Frauen geführt haben. Das machen wir heute noch. Mit den Frauen zu diskutieren ist kein einfacher Job, es braucht eine Menge Energie dafür, denn es war nicht von Anfang an klar, warum Frauen sich autonom organisieren sollten oder warum sie sich überhaupt organisieren sollten“ (Awîn Swêd, Kongreya Star). Die Mühen dieser Frauen vor der Revolution ermöglichten überhaupt erst eine autonome Organisation hin zu einer Revolution.

Was war der Anlass für die Organisation der Frauen und wie sind sie darauf gekommen, von Haus zu Haus zu gehen? Gab es Vorbilder für solche Organizing-Strategien?

Die kurdische Freiheitsbewegung hat diese Organisierungsmethode von Beginn an praktiziert. Auch in Nordkurdistan (im Süd-Osten der Türkei) war es damals nicht möglich, öffentliche Versammlungen abzuhalten, und so gingen die Revolutionärinnen zu den Menschen nach Hause. Dadurch gab es zum Beispiel immer ein sehr klares Wissen um die Lebenssituation der Menschen, ihre Sorgen und Ängste, ihre Hoffnungen und Träume, ihr tiefes Bedürfnis nach Befreiung. Eine Trennung des Privaten vom Politischen konnte durch diese Herangehensweise gar nicht erst entstehen. Die Verbundenheit mit der Gesellschaft war seit Beginn

der kurdischen Freiheitsbewegung eine ihrer größten Stärken und wurde immer als solche bewertet. Gerade Frauen waren die Vorreiterinnen dieser Organisationsform und sind wahre Expertinnen darin geworden. Daran wurde sich auch in Rojava ein Beispiel genommen.

Zu Beginn dieser Organisation war das Schaffen von Bewusstsein sehr wichtig. Die Frauen mussten überhaupt die Möglichkeit bekommen ihre Realität formulieren zu können. Probleme, denen sie im Alltag begegnen innerhalb eines patriarchalen Systems nicht nur zu fühlen, sondern auch verstehen und einordnen zu können. Das gab Kraft und Mut zur Veränderung. So zeigte sich im Alltag dieser sich organisierender Frauen, dass kollektiv eine Stärke entwickelt werden konnte, die allein durch das Beisammensein entstand. Frauen, die unorganisiert waren, hatten es schwerer gegen Ungerechtigkeiten des Alltags zu kämpfen und sich zu behaupten.



Frauen gegen das Patriarchat in Rojava, Credits: anfdeutsch.com

Kannst Du bitte ein paar Beispiele für solche Alltagskämpfe nennen?

Alltagskämpfe bedeutet nichts anderes als das, was wir ständig erleben. In der eigenen Familie angefangen, dann weiter in der eigenen Straße, im Viertel, im Dorf, in der Stadt. Auf dem Weg zur Arbeit und wieder zurück, mit Freundinnen, Fremden. Einfach nur „Nein“ zu sagen als Frau kann schon eine Überwindung sein und ein kleiner Sieg in diesem Alltagskampf. Genau das ist auch passiert. Dass es im Kleinen anfing und dann immer größer wurde. Dadurch, dass sich Frauen endlich organisieren und austauschen konnten, verstanden sie, dass sie sich auch gemeinsam gegen die patriarchalen Zustände wehren können. Das gibt Selbstbewusstsein auch im eigenen Alltag, den man zu meistern hat. Unterdrückung wurde in vielen Formen und Farben erkannt und sei es zu Hause, auf der Arbeit oder auf der Straße, von Fremden oder den Liebsten, nicht mehr geduldet. Das verändert eine gesamte

Gesellschaftsstruktur. Die Männer kamen nicht mehr dagegen an. Selbst Frauen, die nicht organisiert waren, profitierten davon, da die Männer das mitbekamen.

Welche Erfahrungen habt Ihr in diesen Organisationsprozessen gemacht, was war hilfreich, welche Schwierigkeiten gab es?

Ein großer Vorteil war, dass es keine Möglichkeit gab, sich nur auf die Theorie zu fokussieren, weil die realen Umstände eine starke Praxis forderten. In dem Moment, in dem Theorie und Praxis Hand in Hand gehen, entsteht die Möglichkeit auf Veränderung, die man kollektiv wahrgenommen hat. Die Realität von arabischen und kurdischen Frauen ist nicht die selbe, aber die Überschneidungen reichten aus, sie alle an einen Tisch zu bekommen. Es ging nicht darum, inwiefern sich die Art der Unterdrückungen unterscheidet, sondern es ging darum, wie man gemeinsam die Unterdrückung aufheben kann. Ein Pfeiler des neuen Systems, welches in Nord-Ost-Syrien aufgebaut wird, ist der Raum zur Vielfalt innerhalb der Gesellschaft. Genau das schafft die Idee vom Demokratischen Konföderalismus. Eine nicht-staatliche, demokratische, ökologische und geschlechterbefreite Gesellschaft, in der jede Gruppe, Ethnie oder Glaubensgemeinschaft den Raum zur politischen Entfaltung hat. Die Arbeiten laufen autonom in den jeweiligen Organisationen, aber fließen zusammen in den Rätestrukturen, dem Ort der Begegnung.

Was ist das Anliegen Eurer Gruppen und Frauenräte hier in Deutschland, und was plant Ihr als nächstes?

Die kurdische Frauenbewegung hat zum Beispiel letztes Jahr die Kampagne „100reasons“ gegen Feminizide und zur Verurteilung Erdogans mitunter frauenfeindlicher Politik gestartet. Im Rahmen dieser Kampagne werden wir am 10. Juni eine Online-Paneldiskussion über die Kämpfe für die Istanbulkonvention in der Türkei, Polen und Deutschland durchführen. Diese Kampagne der kurdischen Frauenbewegung zu unterstützen bedeutet nicht bloß Solidarität, sondern das Begreifen der gemeinsamen Nenner in unseren Kämpfen.

Feminizide beschränken sich nicht auf eine Geographie, sondern sind weltweit ein Problem, Erdogan nicht der einzige Machthaber, der gezielt Feminizide als Waffe gegen die Gesellschaft benutzt. Von hier den Kampf zu unterstützen hat also zum einen bedeutet, die Realität der Frauen in Kurdistan hier zu vermitteln und den Menschen zu spiegeln und zum anderen die Fehler im System bei uns zu erkennen und an dieser Stelle anzugreifen. Denn Erdogan wäre nicht in der Lage, seine Politik durchzusetzen, wenn er nicht tatkräftige Unterstützung aus Deutschland erführe. Wenn wir von Verbindungen sprechen, heißt das auch, dass wir diese Vernetzungen der kapitalistischen Moderne erkennen und gezielt angreifen müssen. Wenn es uns allen gemeinsam gelingt, Erdogan für seine Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verbrechen gegen Frauen vor Gericht zu bringen, dann wird das Eis auch für andere Diktatoren dünner. Gelingt es uns nicht, werden die



Nach dem Angriff des türkischen Staates auf Serekaniye: Familie auf der Flucht, Credits: anfddeutsch.com

faschistischen Kräfte weltweit immer mutiger und offener. Wir müssen uns bewusst sein, dass nicht zu handeln oder zu zögerlich und unentschlossen zu handeln das herrschende System stützt und am Leben erhält.

Wir denken, dass es wichtig ist, unsere gemeinsame Analyse zu stärken und uns dementsprechend zu organisieren. Aktuell diskutieren wir deshalb mit verschiedensten Gruppen und Aktivistinnen den Vorschlag der kurdischen Frauenbewegung zum Aufbau eines demokratischen Weltfrauenkonföderalismus. Denn wir sind davon überzeugt, dass wir alle gemeinsam die Kraft haben, die Welt zu verändern, wenn wir es wirklich wollen!

Mehr über CENI erfahren: <http://ceni-kurdistan.com/>

Vom Scheitern eines anberaumten Massenmordes Bulgarien 1934 -1944



Die dritte Wanderausstellung des Vereins [Courage gegen Fremdenhass](#) (nach „Rettungswiderstand in Dieulefit“ und „Jenseits von Lampedusa – Willkommen in Kalabrien“) zeigt, wie die Deportation jüdischer Menschen in die nationalsozialistischen Vernichtungslager in Bulgarien durch die Zivilgesellschaft verhindert werden konnte.

<https://www.topographiendermenschlichkeit.de/bulgarien/>

Zur Ausstellung erschien ein Begleitbuch:

Anna Tüne (Hg.): Vom Scheitern eines anberaumten Massenmordes Bulgarien 1934 -1944, Topographien der Menschlichkeit 3. 116 Seiten, ajz-Verlag 2021, 8,00 Euro.

<http://ajz-verlag.de/produkt/anna-tuene-hg-vom-scheitern-eines-anberaumten-massenmordes-bulgarien-1934-1944/>

10 Jahre RIPESS – Solidarische Ökonomie in Europa



Im September 2011 gründete sich RIPESS Europa, das Europäische Netzwerk für Solidarische Ökonomie, als Teil eines bereits länger bestehenden globalen Netzwerks (mehr dazu in Berichten in [CONTRASTE 326, November 2011, pdf](#)). Die Mitglieder praktizieren bereits heute Wirtschaftsweisen jenseits kapitalistischer Logiken und setzen sich für eine unbürokratische und nicht-hierarchische öffentliche Versorgung für alle ein. Dies wurde bei der Gründung in einem [Manifest](#) formuliert. Im September möchte RIPESS Europa sein 10-jähriges Jubiläum in der Nähe von Paris feiern – sofern es die Corona-Situation zulässt.

<https://ripeSS.eu/en/ripeSS-europe-celebrates-its-10th-anniversary/>

Klima-Aktivist*innen verknüpfen sich mit anderen Bewegungen



Der Wunsch nach einer stärkeren Verknüpfung vieler Bewegungen, zu der auch wir mit unserem Netzwerk „[In welcher Gesellschaft wollen wir leben](#)“ beitragen möchten, wird auf der Mailingliste des [Klimabewegungsnetzwerks](#) [KIBN] deutlich sichtbar. In den Infos und Einladung geht es beispielsweise um Kämpfe gegen [rechte Gewalt](#), gegen die [Tierindustrie](#) und gegen [Automobilkonzerne](#), gegen [Einschränkungen des Versammlungsrechts](#), und für eine Verkehrswende unter [Gendergesichtspunkten](#), für [Arbeitszeitverkürzungen](#) sowie Solidaritätsaufrufe zur [Verteidigung von Kurdistan](#). Für eine Revolutionäre Kommunalpolitik wird das neu erschienene Handbuch „[Klimawende von unten](#)“ empfohlen. Eine vielschichtigen Filmserie „[Unser aller Wald](#)“ spricht auch einige dieser Themen an. Auch wenn dies noch keine kontinuierliche Zusammenarbeit beweist, sind es doch sehr schöne Ansätze eines Bewusstseins und Empfindens von Zusammengehörigkeit.

Zum Eintragen einfach eine leere Mail schicken an: klimabewegungsnetzwerk-subscribe@lists.riseup.net

Möllner Rede im Exil



„Wir sind die Radikale Vielfalt an sich; das Schöne, das Andere, das Sichtbare, das Mögliche. Aber wie sind wir das geworden?

Wir alle tragen die unterschiedlichsten Geschichten mit uns: die eigenen, die geerbten, die erträumten, die verlorenen, die erstrebten, die erkämpften...

Die unterschiedlichsten Geschichten, und doch eint es uns, dass wir heute hier sind. Was ist dieses etwas aber, das uns eint?

Unser Alltag wurde durch Gewalt und Ausgrenzung gebrochen. So weit, dass wir um unser eigenes Leben und das unserer Liebsten fürchten mussten, vielleicht immer noch fürchten. Diese Furcht – bei manchen schlug sie in einen Schmerz über den Verlust eines geliebten Menschen um. (...)

Was treibt einen an? Was treibt einen dazu, gegen den Widerwillen von Institutionen und der breiten Gesellschaft für Aufklärung zu streiten? Trotz des ganzen, auch danach noch, erfahrenen Unrechts, weiterzukämpfen?

Es gibt viele Beweggründe. Für manche ist es die schiere Wut, die sie antreibt. Wut, dass diese Tat überhaupt passieren konnte. Dass die Angst, der Schmerz, der Verlust nicht anerkannt werden.

Andere sind getrieben von einem Gefühl der Verantwortung oder sogar Schuld ihren Liebsten gegenüber. Verantwortung, für Aufklärung zu sorgen und ihrer zu gedenken.

Wieder anderen hilft es bei der Bewältigung des Erlebten. Auch wenn es die Narbe nicht heilen kann, hilft es ihnen, einen Umgang mit ihrem Schmerz zu finden.

Für manche sind es auch alle Gründe zusammen. Doch unabhängig davon, was uns genau antreibt, ob Wut, Verantwortung, Bewältigung oder alles drei, eines haben wir gemeinsam: Wir haben uns dem nicht gebeugt – wir sind nicht in die Unsichtbarkeit gegangen.“

Mit diesen Sätzen begannen Naomi Henkel-Gümbel (Überlebende des Anschlages in Halle im Oktober 2019 und Rabbinern in Ausbildung) und Newroz Duman (aktiv in der Initiative 19. Februar Hanau) am 18. April 2021 in Hamburg ihre Rede, die sie dort gemeinsam im Gedenken an Yeliz Arslan, Bahide Arslan und Ayşe Yılmaz, die Opfer des rassistischen Brandanschlags in Mölln im Jahre 1992, gehalten haben. In beeindruckender Weise haben sie dabei ihre persönlichen Erfahrungen im Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus zusammengeführt.

Die gesamte Rede und ein Video-Mitschnitt finden sich unter folgendem Link:
<https://gedenkenmoelln1992.wordpress.com>

Bündnis "Solidarisch geht anders!"



Die Pandemie ist ein Brandbeschleuniger für bestehende Ungerechtigkeiten. Viele merken jetzt: Profitlogik und Ausgrenzung sind die eigentliche Krise.

Wir beziehen deshalb Position in diesen politisierten Monaten und gehen in Aktionstagen auf die Straße. Für uns steht fest: Solidarisch geht anders! Profitlogik und Ausgrenzung sind die eigentliche Krise. Wir wollen raus aus der Krise – nicht zurück!

Schließt euch an! Lasst uns laut und zahlreich aktiv werden, in vielen Städten und Regionen!

Gemeinsam stehen wir für unsere Ziele und Forderungen ein – auf der Straße und im Alltag. Wir verbreiten sie online, offline und in Aktionstagen.

Gemeinsam sagen wir: Solidarisch geht anders!

Mehr zur Kampagne findet sich unter: www.solidarischgehtanders.org

Broschüre von „From the Sea to the City!“



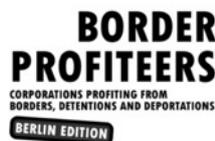
Verschiedene Nichtregierungsorganisationen und antirassistische Netzwerke sowie Vertreter:innen von Städten und Kommunen arbeiten in dieser Plattform zusammen, um ihre Kräfte für eine menschenrechtsbasierte Migrations- und Flüchtlingspolitik zu bündeln – eine Allianz von Aktiven aus der Seenotrettung über Seebrücke-Initiativen bis zu Bürgermeister:innen, die sich – from the Sea to the City! – gemeinsam für Korridore der Solidarität einsetzen, sichere Wege und eine Stärkung der kommunalen Aufnahmemöglichkeiten fordern.

Anfang des Jahres hat der Organisierungskreis dieses jungen Bündnisses eine umfangreiche (englischsprachige) Broschüre veröffentlicht, in der entlang einer Online-Veranstaltungsreihe zentrale Herausforderungen und praktische Beispiele vorgestellt und diskutiert wurden, siehe https://fromseacity.eu/files/2021/03/FS2C_bozza-ESEC-WEB.pdf

Die Publikation diente auch als inhaltliche Grundlage für eine (hauptsächlich digital ausgerichtete) Konferenz, auf der Ende Juni Bürgermeister:innen aus unterschiedlichen europäischen Städten in Palermo zusammengekommen sind und eine „Internationale Allianz für sichere Häfen“ gegründet haben.

<https://fromseacity.eu>

Border Profiteers (Grenzprofiteur*innen)



Englischsprachige Broschüre über Unternehmen, die vom Grenzregime profitieren. „Das Ziel dieser Broschüre ist es, Aktionen in Berlin und Brandenburg zu fördern. Daher liegt der Fokus sehr stark auf Unternehmen, die ein Büro in Berlin haben oder auf Aktionsmöglichkeiten, die auf lokalen Kämpfen basieren.“

No Border Assembly: Border Profiteers – Corporations Profiting from Borders, Detentions and Deportations, Berlin Edition. Online 2021.

<https://noborderassembly.blackblogs.org/de/2021/04/14/neue-broschuere-grenzprofiteurinnen-nur-eng/#more-1654>

Der Stoff, aus dem wir sind. Warum wir Natur und Gesellschaft neu denken müssen



Das neue Buch von Fabian Scheidler „zeigt, wie sich die Vorstellung einer durch und durch berechenbaren, maschinenartigen Welt, die vom Menschen beherrscht werden kann, zusammen mit dem Kapitalismus über die letzten 400 Jahre entwickelt hat – bis hin zum Geo-Engineering und den digitalen Fantasien des Silicon Valley. Währenddessen haben die Wissenschaften selbst jedoch eine ganz andere Entwicklung genommen: Von der Quantenphysik über die moderne Biologie bis zur Bewusstseinsforschung haben sie eine Welt zutage gefördert, die auf Verbundenheit, Selbstorganisation, Empathie und Kreativität beruht.“

Fabian Scheidler: Der Stoff, aus dem wir sind. Warum wir Natur und Gesellschaft neu denken müssen. 304 Seiten, Piper Verlag, München 2021, 20,00 Euro.

<https://fabian-scheidler.de/der-stoff-aus-dem-wir-sind/>

Mitten drin draußen – ohne Obdach in der Stadt



„Die Broschüre berichtet in Bildern und Gesprächen von Berliner*innen, deren Leben auf die eine oder andere Art von den Straßen der Stadt bestimmt wird – als Menschen ohne Obdach im öffentlichen Raum oder als Engagierte, die Wohnungslose unterstützen.“

Matthias Coers: Mitten drin draussen – Ohne Obdach in der Stadt. 68 Seiten, Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung 2020, kostenlos.

<https://zweischritte.berlin/post/643937854970642432/mitten-drin-drau%C3%9Fen>

Termine

29. Juli bis 2. August 2021, Ende Gelände Sommeraktion, Brunsbüttel



Die Geschichte der Klimakrise ist eine Geschichte des Kolonialismus, der Vertreibung und der Verfolgung durch, aber auch eine Geschichte des Widerstands gegen Staaten und Konzerne des Globalen Nordens. Diese Geschichte wird vor unserer Haustür fortgeschrieben: In Brunsbüttel plant die Gasindustrie ein Terminal für den Import von Fracking-Gas aus der ganzen Welt. „Deshalb blockieren wir vom 29.07. bis 02.08.2021 mit unseren Körpern den Bau des Fracking-Gas-Terminals in Brunsbüttel und beteiligen uns am globalen Kampf den sofortigen Gasausstieg einzuleiten!“

www.ende-gelaende.org

3. bis 5. September 2021, Recht auf Stadt Forum



Bildquelle:

<https://fb.me/e/4X4vFxmC9>

„Das Recht auf Stadt ist immer noch nicht erkämpft. Also mindestens ein Grund, 2021 wieder zu einem Recht auf Stadt-Forum einzuladen.

Vom 3. bis 5. September 2021 laden wir unter Pandemiebedingungen ein nach Bonn in die Alte VHS.

Ob Solidarische Stadt, Stadt von Unten, Stadt für alle, Reclaim the City and the Streets und Solidarity City – unter vielen Labels werden die Diskussionen geführt. Ob Aufenthalt, Wohnen, Mobilität, Klima, Kunst, Freiräume oder Gesundheit – unter vielen Aspekten wird das Recht auf Stadt verhandelt.

Demnächst folgt ein Aufruf für Vorträge, Rundgänge, Workshops, Ausstellungen und jede Art der Kommunikation, die ihr für tauglich haltet.“

Recht auf Stadt Forum 3. bis 5. September 2021 in Bonn

<https://www.buko.info/aktuelles/artikel/save-the-date-recht-auf-stadt-forum-2021-1969>

4. September 2021, Unteilbar und Unverhandelbar



#unteilbar plant für den 4. September eine Grossdemonstration in Berlin, die kurz vor den Bundestagswahlen eine „solidarische und gerechte Gesellschaft“ einfordern wird. Die Mobilisierung will versuchen, die sozialen Folgen der Pandemie, Klimakrise und andauernde Menschenrechtsverletzungen (insbesondere an den EU-Außengrenzen) zusammen zu denken und gemeinsam zu handeln...

Weitere Informationen hier: <https://www.unteilbar.org>

#unverhandelbar ist ein neu gegründetes Aktionsbündnis verschiedener Akteure, das ebenfalls im Hinblick auf die Wahlen und eine kommende, neue Regierung die Verantwortlichen für die permanenten Menschenrechtsverletzungen anklagt und konkrete Forderungen formuliert: „Die sofortige Evakuierung aller Lager an den EU-Außengrenzen und die Schaffung legislativer Grundlagen zur selbstbestimmten Aufnahme von Kommunen und Ländern; Das Ende deutscher Beteiligung an allen Frontex- und EUNAVFOR MED-Einsätzen; Staatlich organisierte Seenotrettung und ein Ende der Kriminalisierung ziviler Seenotrettung; Sichere und legale Fluchtwege und die Gewährleistung des individuellen Rechts auf Asyl.“ Mit einer gemeinsamen Petition und nach ersten Aktionstagen am 19./20. Juni sollen weitere Mobilisierungen folgen.

Weitere Informationen hier <https://unverhandelbar.jetzt>

15. bis 19. September 2021, Transnationales Zusammenkommen (Convergence) für den Kampf um Bewegungsfreiheit, Palermo



„Vor 10 Jahren, im Zuge der arabischen Proteste und Revolutionen, nahmen sich Migrant*innen ihre Bewegungsfreiheit und öffneten erneut die Grenzen zum Mittelmeer. Auch nichtstaatliche Akteure, die sie unterstützen, nutzten diesen Moment, um neue Formen der Intervention auf See zu entwickeln: vom Einsatz modernster Technologien der Dokumentation für Gerichtsprozesse bis hin zur direkten Intervention durch Rettungsschiffe und Infrastrukturen der Kommunikation, von der Identifizierung und dem Gedenken an die Verstorbenen bis hin zu neuen Artikulationen zwischen Aktivismus auf dem Meer und solidarischen Städten (from the Sea to the City!). Trotz dieser einzigartigen Reihe kollektiven politischen Einschreitens werden die Rechte von Migrant*innen weiterhin verletzt. Bei der Überquerung des Meeres sterben noch immer Menschen als Folge von Grenzgewalt, und es gibt noch viel zu tun und zu verändern. Im September 2021 wollen wir die verschiedenen Akteure für mehrere Tage in Palermo zusammenbringen, um gemeinsam über unsere Initiativen, deren Erfolge, Grenzen und blinde Flecken zu reflektieren. Wir wollen bestehende Praktiken miteinander verbinden und Synergien zwischen ihnen schaffen, aber auch über neue Interventionen nachdenken und planen, was für die nächsten 10 Jahre unseres Kampfes gegen Grenzgewalt und für Bewegungsfreiheit im Mittelmeerraum und darüber hinaus nötig ist.“

So beginnt der Aufruf zur „Transnational Convergence“, die im September in Palermo stattfinden wird, einer Stadt, die seit 2015 mit ihrer Charta für das Recht auf Bewegungsfreiheit bekannt ist. Etwa 300 Aktivist:innen aus unterschiedlichen Basisgruppen und Netzwerken von beiden Seiten des Mittelmeeres werden zu diesem Treffen erwartet.

<https://trans-border.net/index.php/palermo-convergence-2021/>

Einladung zum Mitmachen

Die Ausgabe #1 des Trossenstek ist hoffentlich als Einladung zu lesen: zur Beteiligung an Diskussionen zu Fragen und Herausforderungen ums „Kämpfe verbinden“. Wir möchten den Trossenstek gerne gemeinsam mit Euch bespielen, darum schickt uns bitte kürzere oder längere Texte, mit denen Ihr Euch auf vorherige Beiträge bezieht. Oder Ihr setzt ein eigenes Thema. Wir freuen uns ebenfalls über Hinweise zu möglichst themenübergreifenden Kurzmeldungen, Veröffentlichungen und Terminen.

Wichtig ist uns bei all dem der Bezug auf Alltagskämpfe und eine fragende Grundhaltung, gerne auch Thesen, die Ihr zur Diskussion stellen möchtet. Wir können Euch nicht garantieren, dass wir Eure Texte veröffentlichen, versprechen aber auf jeden Fall zu antworten. Ob, wohin und wie quirrig die Schildkröte sich bewegt, könnt Ihr also gerne mitentscheiden.

Eure Beiträge sollten nicht länger sein als max. 10.000 Zeichen, Redaktionsschluss für den nächsten Trossenstek ist Ende September 2021.

Texte bitte an: welche-gesellschaft@riseup.net



Impressum

In welcher Gesellschaft wollen wir leben?!
c/o Initiative für eine gerechte Gesellschaft
Metzgerstrasse 8
63450 Hanau

welche-gesellschaft.org
welche-gesellschaft@riseup.net

Redaktion: Steffen Haag, Hagen Kopp, Mickie Schleicher, Elisabeth Voß